

Rathaus - Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 14. Juni 1963

Blatt 1335

Ein schöner Badefeiertag

=====

14. Juni (RK) Der gestrige Feiertag brachte den städtischen Sommerbädern wieder außerordentlich gute Besucherzahlen. Insgesamt stürzten sich gestern 56.000 Personen in die kühlen Fluten. Im Gänsehäufel badeten 20.000 Menschen, das Laaer Berg-Bad war mit 9.500 Personen ausverkauft, ebenso das Kongreßbad mit 4.200 und das Krapfenwaldl mit 3.800 Badegästen. Im Strandbad Alte Donau wurden 4.000 Personen gezählt.

- - -

Tagung der Europahäuser in Wien

=====

14. Juni (RK) Der Leitungsausschuß der Internationalen Föderation der Europahäuser hält gegenwärtig in Wien eine Tagung ab. Die Mitglieder dieses Ausschusses aus Belgien, Dänemark, der Bundesrepublik Deutschland, England, Frankreich und Österreich sind zu dieser Tagung nach Wien gekommen. Heute vormittag empfing Stadtrat Sigmund die Delegierten im Roten Salon, hieß sie in der österreichischen Bundeshauptstadt herzlich willkommen und überbrachte ihnen die Grüße des Wiener Bürgermeisters. Der Gedanke der Europabewegung, betonte Stadtrat Sigmund, findet in der Wiener Stadtverwaltung großes Interesse. Dies beweisen auch die gegenwärtig stattfindenden Europa-Gespräche im Rathaus. Den Bestrebungen der Europahäuser wünschte er den besten Erfolg.

Die Internationale Föderation der Europahäuser wurde unter der Schirmherrschaft des Europarates in Straßburg gegründet. Derzeit gehören ihr 17 Europahäuser an, darunter auch das Europahaus Wien.

- - -

Wiener Festwochen 1963

=====

Das Programm für Sonntag, 16. JuniTheater:

Burgtheater: Gotthold Ephraim Lessing: "Nathan der Weise" (nachmittags), Johann Nestroy: "Das Mädl aus der Vorstadt" (abends)

Akademietheater: Franz Molnár: "Der Schwan"

Staatsoper: Richard Strauss: "Der Rosenkavalier"

Volksoper: Johann Strauß: "Die Fledermaus"

Theater in der Josefstadt: Heinrich von Kleist: "Der zerbrochene Krug" (nachmittags), Bruno Schuppler: "Ein schöner Herbst" (abends)

Volkstheater: Aldo Nicolaj: "Die Welt des Wassers"

Kammerspiele: Beatrice Ferolli: "Der Wackelkontakt"

Raimundtheater: Meilhac und Halévy: "Die schöne Helena"

Kleines Theater der Josefstadt im Konzerthaus: Slawomir Mrozek: "Strip-Tease - Auf hoher See - Karol"

Musik:

9.30 Uhr, Hofburgkapelle
Franz Schubert:

Messe in Es-dur

Leitung: Berislav Klobucar

10.00 Uhr, Schönbrunner Schloßkapelle
W.A. Mozart:

Krönungsmesse

Leitung: Josef Jernek

19.30 Uhr, Konzerthaus, Großer Saal

Das Radio-Symphonie-Orchester-BerlinDie Wiener Singakademie

Giuseppe Verdi: Messa da requiem

Solisten: Pilar Lorengar, Sopran; Christa Ludwig,

Alt; Nicolai Gedda, Tenor; Nikolai Gjaurov, Baß

Dirigent: Lorin Maazel

19.30 Uhr, Theater an der Wien
Direktion der Wiener Festwochen

Konzert der Wiener Symphoniker

Ludwig van Beethoven: Coriolan-Ouverture, 2. Symphonie D-Dur, op. 36, 3. Symphonie Es-Dur, op. 55 (Eroica)

Dirigent: Dr. Otto Klemperer

20.30 Uhr, Rathausplatz

Abschlußkonzert

Werke von Schubert, Richard Strauss, Josef und Johann Strauß
Das Niederösterreichische Tonkünstlerorchester
Dirigent: Ernst Märzendorfer

Sonstige Veranstaltungen:

Internationales Kulturzentrum, 1, Annagasse 20

Meisterkurse für Klavier

Veranstaltung des Internationalen Kulturzentrums;
es unterrichten: Paul Badura-Skoda, Alfred Brendel,
Jörg Demus. Freier Zutritt für Zuhörer.

Wiener Kulinarische Wochen

10.30 Uhr, Vorführung der Spanischen Reitschule

10 bis 13 Uhr, Museum des 20. Jahrhunderts, 3, Schweizer Garten,
Ausstellung: "Fritz Wotruba"

9.15 bis 13 Uhr, Historisches Museum der Stadt Wien, 4, Karlsplatz,
Ausstellung: "Das Werk des Architekten Otto Wagner"

10 bis 13 Uhr, Graphische Sammlung Albertina, 1, Augustinerstraße 1,
Zyklus "Die Kunst der Graphik", 1. Teil: "Das 15. Jahrhundert",
"Technik und Merkmale der graphischen Verfahren vom 15. bis 20. Jahrhundert",
"Meisterwerke der Handzeichnung aus der Albertina"

10 bis 18 Uhr, Künstlerhaus, 1, Karlsplatz 5, Ausstellung:
"Anton Hanak und Anton Kolig"

10 bis 18 Uhr, Künstlerhaus, Französischer Saal, 1, Karlsplatz 5,
Ausstellung: "Kurt Steinwendner zeigt Montagen"

9 bis 13 Uhr, Österreichische Galerie im Oberen Belvedere,
3, Prinz Eugen-Straße 27, 56. Wechselausstellung
"Peter Fendi 1796 bis 1842" Gemälde, Aquarelle, Graphik

9 bis 13 Uhr, Österreichisches Museum für Volkskunde, 8, Laudongasse 15-19,
Ausstellung: "Österreichisches Volksgesicht"

11 bis 13 Uhr, Galerie St. Stephan, 1, Grünangergasse 1/2, Ausstellung:
"Österreichische Malerei nach 1945"

Bezirksveranstaltungen:

3. Bezirk:

10 bis 12 Uhr, Heimatmuseum Landstraße, Sechskrügelgasse 11:
Sonderausstellung. "Wo Strauß und Lanner auf der Landstraße spielten".
Führung: Oberschulrat Oskar Hermann.

8.00 Uhr, Pfarrkirche Maria Geburt, Rennweg 91: Franz Schubert:
Messe in G-dur für Soli, Chor und Orchester. Ausführende:
Herma Pach (Sopran), Franz Hölbling (Baß), Herbert Schachner (Orgel),
Chor und Orchester der Pfarrkirche Maria Geburt, Dirigent: Dr. Hans Zwölfer.

5. Bezirk:

14 bis 21 Uhr, Volksbildungshaus Margareten, Stöbergasse 11-15: Ausstellung. "Edmund Eysler - Meister der Wiener Operette".

6. Bezirk:

9.30 bis 12.30 Uhr, Mariahilfer Heimatmuseum, Gumpendorfer Straße 4: Ausstellung. Mariahilf im Wandel der Jahrhunderte. Sonderschau: Prof. Remigius Geyling anlässlich seines 85. Geburtstages. Leitung: Kustos Fritz Illing. Eintritt 8 Schilling.

8.00 Uhr, Pfarrkirche Mariahilf, Mariahilfer Straße 55-57: Bruno Wind: Missa solemnis B.M.V. Auxilia tricis. (Uraufführung.)

8. Bezirk:

10.00 Uhr, Breitenfelder-Kirche: Johann Michael Haydn: St. Franziskus-Messe für Soli, Chor und Orchester. Mitwirkende: Renate Müller (Sopran), Helga Mayer (Alt), Kurt Equiluz (Tenor), Karl Neugebauer (Baß), Breitenfelder Madrigalchor, Wiener Symphoniker. Leitung: Dr. Roman Zeilinger.

15 und 19 Uhr, Theater im Josefssaal, Josefsgasse 12: Johann Nestroy: "Das Mädgl aus der Vorstadt". Einrichtung: Direktor Franz Rosak, Regie: Max Felber, Bühnenbild: Franz Schulteis. Eintritt 10 bis 15 Schilling.

9. Bezirk:

10 bis 12 Uhr, Heimatmuseum Alsergrund, Währinger Straße 43: Sonderausstellung. Karl Schönherr zum 20. Todestag.

10. Bezirk:

9 bis 12 Uhr, Volkshochschule Favoriten, Arthaberplatz 18: Sonderausstellung. "Der Süden Wiens". Unsere Heimat Favoriten.

13. Bezirk:

10 bis 12 Uhr, Hietzinger Heimatmuseum, Am Platz 2, Ausstellung: "Neuerstanden - letzte Wiener Gaslaterne". Eintritt frei.

15. Bezirk:

11.00 Uhr, Pfarrkirche Reindorf, Franz Schubert: Deutsche Messe. Mitwirkende: Gesangsverein österreichischer Eisenbahnbeamter in Wien.

18. Bezirk:

16.00 Uhr, Türkenschanzpark, vor der Milchtrinkhalle: Volksmusik und Volksgesang. Mitwirkende: Ein Jugend-Akkordeon-Orchester der Kinderfreunde, Dirigent: F. Breuer, Landesverband der Heimat- und Trachtenvereine. Leitung: J. Petlicek. Eintritt frei.

19. Bezirk:

16.00 Uhr (bei Schlechtwetter im Großen Musikvereinssaal), Pfarrplatz Heiligenstadt. Orchesterkonzert. Dirigent: Laszlo Varady. (Karten im Konzertkomitee Pfarre Heiligenstadt erhältlich. Telefon 36 31 43.)

23. Bezirk:

9 bis 12 Uhr, Festsaal des Amtshauses Liesing: Ausstellung. "Wirtschaft, Fortschritt, Wohlstand im 23. Bezirk".

9 bis 12.30 Uhr, Heimatmuseum Liesing: Ausstellung. Sonderschau - Künstlerische Exlibris.

- - -

Empfang für die Teilnehmer am Europa-Gespräch
 =====

14. Juni (RK) Anlässlich des Europa-Gesprächs im Wiener Rathaus gab Bürgermeister Jonas gestern abend in den Neuen Repräsentationsräumen einen Empfang für die Referenten des Gespräches. Vizebürgermeister Slavik und Stadtrat Maria Jacobi sowie viele andere Gemeindefunktionäre nahmen an dem Empfang teil.

- - -

Sitzungen von Wiener Bezirksvertretungen in der kommenden Woche
 =====

14. Juni (RK) In der kommenden Woche finden folgende Sitzungen von Wiener Bezirksvertretungen statt:

Dienstag, 18. Juni:

16.00 Uhr, Floridsdorf, Am Spitz 1/II/201.

Donnerstag, 20. Juni:

17.00 Uhr, Margareten, Schönbrunner Straße 54,
 16.00 Uhr, Neubau, Hermannsgasse 24-28, 2. Stock.

Freitag, 21. Juni:

16.00 Uhr, Penzing, 13, Hietzinger Kai 1, 2. Stock.
 16.00 Uhr, Simmering, Enkplatz 2, 1. Stock.

- - -

X is nix!

=====

14. Juni (RK) Der immer stärker werdende Straßenverkehr verlangt die Einbeziehung weiterer Straßenkreuzungen in eine Verkehrsregelung durch Lichtsignalanlagen. Bei der Durchführung dieser Arbeiten ergibt sich nun oft, daß wohl die Verkehrsampeln montiert aber noch nicht in Betrieb genommen werden können. Die Lieferung der Schaltgeräte erfolgt nämlich leider nur sehr schleppend. Das hat nun schon oft zu Mißverständnissen bei der Bevölkerung geführt.

Der für diese Einrichtungen zuständige Stadtrat Lakowitsch hat deshalb eine Kennzeichnung jener Verkehrsampeln verfügt, die noch nicht in Betrieb gesetzt werden können. Die Lampen werden durch kreuzweise aufgeklebte Streifen gekennzeichnet. Wer sich also merkt: "X is nix", kann nun leicht erkennen, daß die betreffende Ampel nicht in Betrieb ist.

- - -

Pferdenachmarkt vom 14. Juni

=====

14. Juni (RK) In- und Ausland kein Auftrieb. 17 Pferde aus Rumänien, die vom Hauptmarkt vom 11. Juni unverkauft waren, wurden zum Preis von 6 bis 6.70 Schilling verkauft.

- - -

Neue kulturelle Subventionen durch die Wiener Landesregierung
=====Erweiterung der Aktion gegen Schmutz und Schund

14. Juni (RK) Auf Antrag von Stadtrat Maria Jacobi hat heute die Wiener Landesregierung wieder eine Reihe Förderungsbeiträge für kulturelle Zwecke bewilligt. Es handelt sich um einen Gesamtbetrag von 290.000 Schilling.

Am bemerkenswertesten ist die Erhöhung des Betrages der innerhalb der Aktion gegen Schmutz und Schund für die Anschaffung von Kinder- und Jugendbücher vorgesehen ist. Die Wiener Landesregierung hat bekanntlich seit 1957 jährlich 10.000 Jugendabonnements der Jugendgilde Gutenberg gekauft. Diese guten Jugendbücher wurden dann immer in die Bibliotheken der städtischen Kinderheime, der Kinderspitäler, Erziehungsheime und Lehrlingsheime eingereicht. Die Stadt Wien erfüllt damit eine wichtige Aufgabe gegenüber der Jugend durch die unentgeltliche Überlassung guter und lesenswerter Bücher. Viele Dankschreiben drücken aus, daß die Buchspenden sehr geschätzt werden. Diese Aktion wurde nun heute auf Antrag von Stadtrat Maria Jacobi noch erweitert. Anstatt der in den letzten Jahren vorgesehenen jeweils 72.000 Schilling werden heuer 130.000 Schilling für diesen Zweck zur Verfügung gestellt.

Eine Subvention von 60.000 Schilling erhält die Gesellschaft bildender Künstler-Künstlerhaus zur Durchführung der Festwochenausstellung: "Anton Hanak - Anton Kolig".

Der Sängerbund für Wien und Niederösterreich erhält 50.000 Schilling für seine Festveranstaltungen im Jubiläumsjahr 1963/64.

20.000 Schilling sind für die Aktion "Der gute Film" vorgesehen. Damit sollen Filmveranstaltungen der Landesstelle Wien dieser Aktion in 30 Wiener Kinos ermöglicht werden.

Dem Verein "Die Frau und Ihre Wohnung" wurden für die Wanderausstellung: "Der junge Haushalt" 10.000 Schilling zugesprochen.

Für die Finanzierung der Herausgabe der Bücher: "Wer ist diese Frau?" und "Der Papagei von Isfahan" in der Braille'schen Blin-

denkurzschrift wurden 10.000 Schilling bewilligt.

Ebenfalls 10.000 Schilling erhält der Verein zur Förderung internationaler Hochschulkurse zur Durchführung der Kurse im Sommer dieses Jahres. Diese Kurse zeigen eine erfreuliche Aufwärtsentwicklung. Im vorigen Jahr zum Beispiel hatten sie 2.060 Teilnehmer, die aus der ganzen Welt kamen. Hauptziel der Kurse ist, den Teilnehmern Kultur und Profil Österreichs und seiner Bundeshauptstadt nahe zu bringen und eine wirklich internationale Begegnung herbeizuführen.

- - -

Christian Förster zum Gedenken

=====

14. Juni (RK) Auf den 16. Juni fällt der 100. Todestag des Architekten Christian Friedrich Ludwig Förster.

Er wurde am 8. Oktober 1797 in Bayreuth geboren und besuchte die Münchner Akademie der bildenden Künste, nach deren Absolvierung er nach Wien reiste. Hier wurde der damals berühmte Architekt Pietro Nobile sein Förderer, der ihm auch eine Stelle als Korrektor an der Akademie verschaffte. Nach acht Jahren kehrte Förster wieder ins freie Berufsleben zurück. 1843 erhielt er an der Bau-
schule der Akademie eine Professur für höhere Baukunst, mußte aber infolge seiner privaten Tätigkeit um Enthebung ersuchen. Seit 1855 war er Vorstand des österreichischen Ingenieur-Vereines. Seine wichtigste Arbeit war die Herstellung des neuen Bebauungsplanes für Wien, dem er sich seit 1839 widmete und der auch 1858 zum Teil ausgeführt wurde. Nennenswerte Bauten sind die protestantische Kirche in Mariahilf, die Gewehrfabrik, Schießstätte und andere Objekte im Arsenal, die Elisabethbrücke, die Synagoge in der Leopoldstadt. In seinem Schaffen schloß sich Förster dem Klassizismus Nobiles an, der die Schönheit dem Zweck unterordnete. Zur Verbreitung seiner baukünstlerischen Ansichten diente ihm "Die Allgemeine Bauzeitung", die er 1836 gründete und als deren Herausgeber er großen Einfluß auf die folgenden Architektengenerationen gewann. Förster ist in Gleichenberg gestorben.

- - -

Sitzung des Wiener Landtages
=====

14. Juni (RK) Unter dem Vorsitz von Landtagspräsident Marek trat heute vormittag der Wiener Landtag zu einer Sitzung zusammen. Im Einlauf befanden sich zwei Anfragen der KLS und zwei Anträge der ÖVP, der eine betreffend "Erwirkung einer Novelle des Eisenbahngesetzes 1957", der andere betreffend "Novelle zum Gesetz vom 21. Oktober 1955 über Kanalanlagen und Einmündungsgebühren".

Hierauf erfolgte die Wahl zweier Mitglieder des Immunitätskollegiums; für die ÖVP wurde Abgeordneter Dr. Habl gewählt, für die SPÖ Abgeordneter Opravil. Die Wahl wurde wegen der Mandatszurücklegung der Abgeordneten Dr. Fiedler (ÖVP) und Mistingner (SPÖ) notwendig.

Sieben Prozent mit 1. Mai

Stadtrat Riemer (SPÖ) berichtete sodann über die 22. Novelle zum Dienstrecht der Beamten der Stadt Wien. Es handelt sich dabei um die Bezugsregelung, die analog den Bundesbeamten sieben Prozent ausmacht, jedoch schon mit Wirkung vom 1. Mai beschlossen werden soll. Die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten hat nämlich schon früher Forderungen erhoben und die Stadtverwaltung hat bereits Ende 1962 eine grundsätzliche Zusage gemacht. Die Bezugserhöhung wirkt sich auch auf die Nebenbezüge aus, auf die Vertragsbediensteten und auf die Teilbeschäftigten. Die Kosten der Erhöhung machen jährlich 215 Millionen Schilling aus, und zwar 130 Millionen beim Magistrat und 85 Millionen bei den Unternehmungen.

Stadtrat Riemer erläuterte dann noch weitere Änderungen des Dienstrechtes, die aus dem Anlaß der Bezugsregelung vorgenommen wurden. Die wichtigsten Punkte sind: Erhöhung der Pensionen ebenfalls um sieben Prozent und Angleichung der Mindestpensionen an die Mindestrenten des ASVG; zusätzlicher Urlaub für Kriegsverwehrte und Opfer des Faschismus; Gewährung der Kinderzulage ein Jahr länger, nämlich bis zum 25. Lebensjahr. Eine Reihe von kleineren Härten wurde ebenfalls aus Anlaß dieser Novelle beseitigt.

Abg. Maller (KLS) meint, daß auch mit der heutigen Regelung der Aufholbedarf nicht gedeckt sei und die Lebenshaltungskosten nach wie vor höher seien als die Bezüge der Gemeindebediensteten. Er vertritt weiter die Meinung, daß die Gemeinde Wien sich einmal auf den Standpunkt der Notwendigkeit einer bundeseinheitlichen Regelung stelle, ein andermal, wenn die bundeseinheitliche Regelung zum Vorteil der Bediensteten wäre, den gegenteiligen Standpunkt vertrete. Das treffe etwa bei der Regelung über die Rückversetzung von Bediensteten zu. Während im Bund und in anderen Gebietskörperschaften eine Rückversetzung nur mit schriftlicher Zustimmung des Bediensteten erfolgen darf, bedarf es bei der Gemeinde Wien lediglich der Zustimmung der Gemeinderätlichen Personalkommission. Der Redner bringt einen Abänderungsantrag ein, der auch bei der Wiener Stadtverwaltung bei einer Überstellung in eine niedrigere Verwendungsgruppe eine schriftliche Zustimmung des Beamten vorsieht. Schließlich tritt er dafür ein, den Zusatzurlaub bei versehrten Beamten zwingend vorzuschreiben.

Abg. Dr. Broesigke (FPÖ) meldet Bedenken gegen die Rückversetzungsbestimmungen an, weil sie einem allgemeinen Grundsatz des österreichischen Sozialgesetzes widerspreche, wonach nicht durch eine einseitige Maßnahme des Dienstgebers eine Verschlechterung der Stellung des Bediensteten eintreten darf. Es dürfe nicht übersehen werden, daß eine solche Rückreihung mehr oder weniger den Charakter einer Disziplinarmaßnahme hat. Die Tatsache, daß eine Rückversetzung nur mit Zustimmung der Gemeinderätlichen Personalkommission vorgenommen werden darf, erscheine als eine zu geringe Sicherung für den Bediensteten.

Dr. Broesigke tritt weiter dafür ein, auch infektionsgefährdeten Bediensteten einen Zusatzurlaub zu gewähren. Er spricht sich gegen die neue Formulierung aus, daß bei Verlust der österreichischen Staatsbürgerschaft das Dienstverhältnis beendet wird. Früher hieß es bei Erwerb einer fremden Staatsbürgerschaft; die jetzige Formulierung könnte zur Folge haben, daß bei der Gemeinde Wien Dienstnehmer mit mehreren Staatsbürgerschaften tätig sind. In einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis sollten aber nur österreichische Staatsbürger stehen.

Abg. Wohlmuth (ÖVP) stellt fest, daß die vielen Novellen des Dienstrechtes notwendig sind, weil den ständigen Veränderungen auf sozialem Gebiet und den gestiegenen Lebenshaltungskosten Rechnung getragen werden muß. Die Preise und Löhne sind in Bewegung, weil die Kaufkraft aller Währungen in der ganzen freien Welt sinkt. Die vorliegende Novelle teilt sich in zwei Teile: in einen sozialrechtlichen und in einen lohnrechtlichen. Der heißumstrittene Paragraph 11 enthält auch in seiner jetzigen Fassung noch gewisse Härten, da es darin heißt, daß eine Rückreihung des Beamten erfolgen kann. Entschärft wurde dieser Paragraph zwar dadurch, daß von nun an Krankheit eine Überstellung in eine niedrigere Verwendungsgruppe nicht zuläßt. Ein weiterer Erfolg ist, daß bei Ableistung der Bundesheerdienstpflicht dem Beamten dieses Jahr auch für den Anspruch auf den Ruhegenuß angerechnet wird. Erfreulich ist es auch, daß das Urlaubsausmaß für Versehrte um zwei bis sechs Tage erhöht werden kann. Diese Urlaubserhöhung wäre noch auf weitere Bedienstetengruppen, wie Krankenschwestern usw. auszudehnen. Bei der siebenprozentigen Lohnerhöhung ist besonders zu begrüßen, daß ein Mindestbetrag von monatlich 150 Schilling festgesetzt wurde. Eine Reihe von Zulagen wurde gleichfalls erhöht und wird in die Pension eingerechnet. Es müßte angestrebt werden, daß alle Zulagen in die Pension eingerechnet werden. Zusammenfassend kann man sagen, daß die Novelle viele Verbesserungen beinhaltet, einige Wünsche aber noch offen bleiben. Vielleicht könnten diese bald in einer 23. und 24. Novelle erfüllt werden. Die ÖVP werde der 22. Novelle zustimmen.

Abg. Weisz (SPÖ) stellt fest, daß auf dem Personalsektor seit 1946 sehr viel geschehen ist. Heute ist man so weit, daß alle Bedienstetengruppen der Dienstpragmatik unterstellt werden können, egal ob sie in der Hoheitsverwaltung oder in den Unternehmungen beschäftigt sind. Wir haben heute ein einheitliches Dienst-, Besoldungs- und Pensionsrecht, dessen demokratische Grundsätze sich gut ausgewirkt haben. Die 22. Novelle bringt eine neuerliche Verbesserung und gleichzeitig die Verankerung der letzten Gehaltserhöhung. Die Gewerkschaft hat in Verhandlungen mit den Vertretern der Stadtverwaltung ein Übereinkommen ge-

troffen, das die Erhöhung der Bezüge um sieben Prozent, mindestens jedoch um 150 Schilling monatlich, vorsieht. Die Arbeitsleistung ist heute weitaus produktiver und intensiver. Die bei der Stadt Wien erfolgreich durchgeführte Verwaltungsreform ist weiter ein Grund, der es der Stadt Wien ermöglichte, die Forderungen der Gewerkschaft nach Lohnerhöhung Rechnung zu tragen. Leider ist es bisher wenigen Städten und Gemeinden gelungen, die Wiener Lösung durchzusetzen. Die Stadt Wien hat sich mit ihrer Lösung als Bahnbrecher erwiesen und gezeigt, daß eine moderne und aufgeschlossene Verwaltung ihre Bediensteten entsprechend bezahlen kann ohne daß dadurch das Budget ins Wanken gerät. Die Änderung einzelner Punkte der Dienstordnung bringt eine weitere Verbesserung auf dem dienstrechtlichen Sektor, so die Regelung der Rückversetzungen, des vermehrten Urlaubes für bestimmte Kategorien, die Hinaufsetzung des Alters für die Gewährung der Kinderzulage, Bestimmungen für die Gewährung des Todesfallsbeitrages usw. Seit längerer Zeit führt die Gewerkschaft auch Verhandlungen über ein neues Pensionsgesetz. Der Entwurf sieht eine Reihe von Verbesserungen vor, von denen einige bereits in der vorliegenden Novelle berücksichtigt wurden. Zur Frage des Gemeinderates Dr. Broesigke bezüglich Änderung bei Verlust der Staatsbürgerschaft ist zu sagen, daß hier hauptsächlich an jene weiblichen Gemeindebediensteten gedacht wurde, die nach Verhelichung mit einem Ausländer auch die österreichische Staatsbürgerschaft beibehalten und weiterhin im Dienste der Stadt Wien bleiben wollen.

Abg. Weisz stellt abschließend fest, daß die Vorlage, die in langwierigen Verhandlungen zwischen der Stadt Wien und der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten ausgearbeitet wurde, viele Wünsche der Bediensteten erfüllt. Schließlich werden ja nur mit einer einsatzfreudigen Bedienstetenschaft weiterhin jene großen Leistungen erbracht werden können, die die Bevölkerung von den Bediensteten der Stadt Wien erwartet.

Im Schlußwort beschäftigte sich Stadtrat Riomer mit einigen Ausführungen der Debattenredner. Die Frage der Einheitlichkeit,

./.

der Besoldung und des Dienstrechtes mit den Bundesangestellten werden immer Gegenstand der Debatte sein. Im vorliegenden Fall sind wir jedoch ohnehin von der Einheitlichkeit ein wenig abgerückt.

Bei den Rückversetzungen wurde deutlich ausgesprochen, daß es sich hauptsächlich um Bedienstete der Verkehrsbetriebe handelt. Es darf auch nicht außer acht gelassen werden, daß solche Rückversetzungen nur bei Bediensteten möglich sind, die weniger als 20 Dienstjahre haben.

Die Personalkommission, dies könne er aus der Praxis wohl sagen, bietet den Bediensteten eine außerordentliche Sicherung ihrer Interessen.

Abschließend erklärte Stadtrat Riemer, es sei in Österreich wohl allein dastehend, daß von 1947 bis 1957 durch Rationalisierung in der Gemeindeverwaltung 10.000 Dienstposten eingespart wurden. Er versicherte, daß die Stadt Wien auch weiterhin sich um die Verwaltungsvereinfachung bemühen wird und dankte in diesem Zusammenhang der Personalvertretung für ihre verständnisvolle Mitarbeit. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Bei der Abstimmung wurde der Abänderungsantrag der KLS abgelehnt. Zwei Bestimmungen der Vorlage, denen die FPÖ die Zustimmung verweigerte, wurden mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und KLS angenommen. Die übrige Vorlage wurde einstimmig genehmigt. Damit war die Tagesordnung der Landtagssitzung erschöpft.

- - -

Sitzung des Wiener Gemeinderates

=====

14. Juni (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas trat der Gemeinderat im Anschluß an den Landtag zusammen. Es lagen vor: eine Anfrage der KLS, zwei Anfragen der FPÖ und zwei Anfragen der ÖVP. Die Anträge: von der SPÖ betreffend "Erschließung einer zusätzlichen Auskunft- und Informationsquelle für die ausländischen Besucher der Bundeshauptstadt"; von der KLS betreffend "Aufstellung von Bänken und Tischen in den Höfen und Grünanlagen von Gemeindebauten"; von der FPÖ betreffend "Verkehrsverbindung nach Hietzing und Mauer zur Nachtzeit"; von der ÖVP betreffend "Benennung einer städtischen Wohnhausanlage nach Elsa Brandström und Anbringung einer Gedenktafel" und "Einrichtung von Aufenthaltsräumen mit Ausspeisungsmöglichkeiten in der Zentralberufsschule in der Mollardgasse" und "Sicherstellung eines Grundstückes für den Neubau einer Pflichtschule im 21. Bezirk" und "Planung und Projektierung von Abwasserreinigungsanlagen in Wien" und "Neufestsetzung der Abschreibungssätze und der Beiträge für die Instandhaltungskosten der Zentralheizungsanlagen in Gemeindebauten ab 1. Juli 1963" sowie "Begünstigte Kreditgewährung durch die Gemeinde Wien an Wiener Privatbäder".

Hierauf wurde die Wahl eines Mitgliedes der Kommission zum Studium der wirtschaftlichen und betrieblichen Verhältnisse bei den Wiener Stadtwerken-Verkehrsbetrieben vorgenommen. Statt Gemeinderat Dr. Strunz (ÖVP) wurde Gemeinderat Haag (ÖVP) gewählt.

Den ersten Verhandlungsgegenstand bildete der Bericht des Kontrollamtes der Stadt Wien über wichtigere Wahrnehmungen im Geschäftsjahr 1962. Vizebürgermeister Slavik verweist darauf, daß es wohl zweckmäßiger gewesen wäre, diesen Bericht zugleich mit dem Rechnungsabschluß vorzulegen. Der Rechnungsabschluß konnte aber noch nicht fertiggestellt werden, und so wurde beschlossen, den Kontrollamtsbericht nicht zurückzuhalten, damit nicht wieder gemeldet wird, daß irgendwo "eine Bombe" vergraben sei. Das Kontrollamt wird durchaus nicht als lästig empfunden, seine Tätigkeit ist

./.

im Gegenteil außerordentlich wichtig, weil es ermöglicht, den Lauf der Dinge zu kontrollieren und möglichst alles in der gesetzlichen Ordnung abzuwickeln.

Der Rechnungsabschluß wird voraussichtlich einen Abgang von 109 Millionen Schilling aufweisen und damit um etwas mehr als 80 Millionen günstiger sein als im Voranschlag vorgeschrieben. Die freien Rücklagen werden sich infolge der aufgelaufenen Zinsen sogar nur um 87 auf 738 Millionen verringern.

Eine Gegenüberstellung der Einnahmenentwicklung aus der Zeit vor und nach dem Inkrafttreten des neuen Finanzausgleichsgesetzes im Jahre 1959 ergibt folgendes Bild: 1958 betrug die Einnahmen 4.789 Millionen, 1959: 5.392 Millionen, 1962: 7.162 Millionen. Der Anteil an eigenen Steuern und Abgaben belief sich in diesen drei Jahren auf 31, 22 und 20 Prozent, der Anteil an Ertragsanteilen und Zuschlägen zu gemeinschaftlichen Bundesabgaben auf 31, 33 und 37 Prozent; die sonstigen Einnahmen einschließlich der Erträge aus Betriebsleistungen und Gebühren ergaben einen Anteil von 38, 45 und 43 Prozent.

Das zeigt, daß die Gemeinde Wien bei den Finanzausgleichsverhandlungen nicht schlecht verhandelt hat, und es ist zu hoffen, daß sie auch bei den kommenden Verhandlungen ihre Position wahren können. Berechtigte Forderungen werden rechtzeitig angemeldet werden.

Bei einem Vergleich der Ansätze der einzelnen Verwaltungsgruppen verweist der Referent darauf, daß der Personalaufwand von 1.462 Millionen im Jahre 1958 um rund 440 Millionen auf 1.903 Millionen im Jahre 1962 gestiegen ist. Das ergibt eine Steigerung um etwa 30 Prozent, dennoch aber ist der prozentuelle Anteil von 29.68 auf 26.18 Prozent gesunken, während gleichzeitig der Sach- und Investitionsaufwand eine Erweiterung von 70.32 auf 73.82 Prozent erfahren hat.

Es ist gelungen, diese Steigerung im Personalaufwand fast der gleichen Personalzahl zugute kommen zu lassen, da die Gemeinde Wien nicht im gleichen Ausmaß wie andere Verwaltungen eine Ausweitung der Verwaltung mitgemacht hat. Wenn irgendwo ein Mehrbedarf entsteht - etwa bei Krankenanstalten, Kindergärten oder manchen Gruppen von Technikern -, ist man bestrebt, im Einvernehmen mit der Personalvertretung und der Gewerkschaft Einsparungen in anderen Sparten zu erzielen.

Die eigenen Abgaben haben sich nicht im gleichen Ausmaß entwickelt wie die Ertragsanteile und Zuschläge zu den Bundesabgaben. Bei allen Landes- und Gemeindeabgaben ergibt sich gegenüber 1961 eine Steigerung um nur 97,79 Millionen, während sich bei den Ertragsanteilen und Zuschlägen ein Plus von 303,22 Millionen ergibt. Insgesamt weisen somit Steuern und Abgaben eine Mehreinnahme von 401 Millionen auf. Bei den Zinsen und Wertpapiererträgen sowie Gewinnabföhren der Unternehmungen ergibt sich gegenüber 1961 eine Steigerung um 10,37 Millionen. Es ist erfreulich, daß die Betriebe, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, aktiv arbeiten und an die Gemeinde Wien Gewinne abföhren. Die Gemeinde wird selbstverständlich weiterhin bemüht sein, den Betrieben weitere Investitionen zu ermöglichen, damit sie gegenüber dem In- und Ausland weiterhin konkurrenzfähig bleiben.

Bei Überprüfung des Finanzwesens bemängelte das Kontrollamt einmal einen Kassenabgang von 10.000 Schilling. Er entstand dadurch, daß einmal bei einem großen Andrang der Schalterbeamte nicht nachgekommen ist, und in dem Bestreben, den Parteien entgegenzukommen, zwei Personen, allerdings vorschriftswidrig, ausgeholfen haben. Es konnte nicht festgestellt werden, ob eine Entwendung vorliegt oder bei der Manipulation zuwenig eingezahlt oder zuviel ausgezahlt wurde. Trotz des guten Willens muß von der Dienststelle verlangt werden, daß künftig diese Art der Hilfeleistung unterbleibt.

Das Kontrollamt hat natürlich auch positive Seiten aufgezeigt, obwohl es die Eigenart der Kontrollamtstätigkeit ist, die negativen Seiten hervorzuheben. So wurde auf die erfreuliche Entwicklung bei der Jugendfürsorge hingewiesen, vor allem darauf, daß die Zahl der in städtischen Heimen untergebrachten Kinder zurückgegangen ist, die Zahl der in Familienpflege befindlichen Kinder jedoch stieg. Die Entwicklung bei der Erwachsenen- und Familienfürsorge geht ebenfalls gut weiter. Durch die Auswirkungen des ASVG ist zwar die Zahl der Betreuten gesunken, die Beträge aber, die auf diesem Sektor aufgewendet werden, sind gleichgeblieben. Das hängt damit zusammen, daß die Richtsätze höher sind und viele außerordentliche Aktionen durchgeführt werden.

Bei den Altersheimen setzt sich die Entwicklung fort. Bedingt durch das höhere Alter wird die Zahl der kranken Menschen immer größer. Bei den Kranken- und Wohlfahrtsanstalten steigen die Einnahmen leider nicht mit den Kosten.

Ausführlich beschäftigt sich der Bericht mit der Entwicklung unserer Bauten und den Baupreisen, die gegenüber 1961 beachtlich gestiegen sind. Bei der Rechnungslegung entsprach auch eine Reihe von Dingen nicht den tatsächlichen Leistungen. Zu viel oder zu hoch verrechnete Leistungen mußten rückvergütet werden. Es wurde dadurch viel Geld erspart. Der Bericht beschäftigt sich auch mit der Entwicklung der Montagebau-AG. Bisher hat man noch kein abschließendes Bild erhalten können, niemand ist aber auf die Endabrechnung so neugierig wie die Finanzabteilung und der Finanzreferent. Das Kontrollamt verweist auch darauf, daß der Müll in unserer Stadt stark gestiegen ist und man kann daraus ersehen, wie wichtig die Errichtung von Müllverbrennungsanlagen ist.

Das Kontrollamt weist in seinem Bericht auf die Entwicklung der Wiener Stadtwerke hin. Bei den E-Werken und bei der Be- stattung schneiden wir positiv ab, bei den Gaswerken und Verkehrs- betrieben haben wir einen Verlust. Gerechterweise muß man dazu sagen, daß die E-Werke im Jahre 1961 einen Gewinn von 123,6 Millionen, die Gaswerke von 45 Millionen und die Be- stattung von 500.000 Schilling hätten, wenn sie nicht Zuwendungen an die Verkehrsbetriebe leisten müßten, die einen Verlust von 206 Millionen Schilling verzeichnen. Bei den Verkehrsbetrieben ist die Entwicklung nicht günstig, da sie ständig zusätzliche Leistungen zu vollbringen haben, da die Neu- bzw. Umbauten zwar im Interesse der Bevölkerung liegen, aber keine Mehreinnahmen mit sich bringen. Bei den Elektrizitäts- und Gaswerken ist die Entwicklung günstig, da sie stark rationalisiert haben. Sie erzielen damit bessere Betriebsergebnisse und können allen An- forderungen gerecht werden.

Der Kontrollamtsbericht beschäftigt sich auch mit allen Firmen, an denen die Stadt Wien beteiligt ist. Zwei Firmen, die bis vor kurzem Sorge bereitet haben, haben sich inzwischen gut entwickelt, nämlich die WÖK und die Odelga. Der Auftrags- stand der Firma Odelga ist so groß, daß sie ihren Lieferver- pflichtungen nur schwer nachkommen kann.

Sicherlich wäre noch viel Interessantes aus dem Kontrollamtsbericht zu erwähnen. In der Diskussion wird es möglich sein, auf diese Dinge einzugehen. Die Finanzverwaltung bringt der Tätigkeit des Kontrollamtes großes Interesse entgegen und ist dankbar für die gute Mitarbeit, weil dadurch die Möglichkeit geboten wird, aufgezeigte Mängel zu beheben. Abschließend bittet Slavik den Bericht des Kontrollamtes der Stadt Wien über wichtigere Wahrnehmungen im Geschäftsjahr 1962 zur Kenntnis zu nehmen.

Die Debatte über den Kontrollamtsbericht

GR. Lauscher (KLS) erklärt, daß der Kontrollamtsbericht einen interessanten Einblick in die vielfältige Tätigkeit unserer Verwaltung gibt. Er beinhaltet Erfreuliches, Begrüßenswertes und auch Unerfreuliches, das nicht widerspruchslos hingenommen werden kann. So ist bei den städtischen Wohnbauten die Bauzeit auf rund 23 1/2 Monate gestiegen. Das Bautempo hat sich also empfindlich verlangsamt. Abhilfe könnte hier nur durch die großzügige Einführung moderner und rascher Baumethoden, wie sie durch die Fertigteilbauweise gewährleistet sind, geschaffen werden. Der rasche Bau von Fertigteilfabriken wäre dringend erforderlich. Alarmierend sind die Feststellungen des Kontrollamtes bezüglich der Stadtwerke. Sie haben Ende 1961 fast ein Drittel ihres Eigenkapitals aufgezehrt, das Fremdkapital übersteigt das Eigenkapital bereits bedeutend. Es ist dies eine Folge der verfehlten Finanzpolitik der Stadt Wien. Eine Änderung der Finanzpolitik auf diesem Gebiet wäre dringend notwendig.

Das Steigen der Zahl der Kinder, die bei Pflegeeltern untergebracht sind, wird nicht zuletzt auf die Erhöhung der Pflegegelder, die von den Kommunisten immer wieder verlangt wurde, zurückzuführen sein.

Bei den Schulzahnkliniken ist zu erwähnen, daß der Bund nur elf Prozent der Kosten für die Fluortabletten trägt, aber 36 Prozent der österreichischen Kinder in Wien zur Schule gehen. Das Bundesministerium für soziale Verwaltung hat hier einen ungerechten Verteilungsschlüssel festgelegt.

Als einen Mangel bezeichnet es der Redner, daß das Kontrollamt zwar auf die Verluste bei den gemischtwirtschaftlichen

Betrieben hingewiesen hat, jedoch nicht aufzeigte, wieso es zu diesen Verlusten kam.

Bemerkenswert ist ein Hinweis im Bezug auf die Schloß Laxenburg-Betriebs-Ges.mBH. Es heißt, daß 1962 eine Änderung des Gesellschaftsvertrages vorgenommen wurde und die Gesellschaft bestrebt ist, den Großteil der ihr zustehenden gewinnbringenden Berechtigungen zu verpachten. Es sei unverständlich, daß die Stadt Wien Millionen Steuergelder für derartige Betriebe - zu ihnen gehören auch der Kursalon, das Bellevue usw. - investieren, sie aber dann privaten Pächtern überläßt.

Den Bericht des Kontrollamtes nehme die KLS-Fraktion zur Kenntnis, erklärt GR. Lauscher abschließend.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) stellt fest, daß der Kontrollamtsbericht zahlreiche Einzelheiten bringt und damit ein abgerundetes Bild der Verwaltung bietet. Er enthält jedoch keine Sensationen. Trotzdem erachtet es der Redner als zweckmäßig, diesen Bericht in Hinkunft den Gemeinderäten vor den Sommerferien zum Studium vorzulegen und nach den Ferien gemeinsam mit dem Rechnungsabschluß im Gemeinderat zu beraten.

Der Redner bezeichnet er als bemerkenswert, daß die berühmte "Rathaus-Milliarde", die Allgemeine Rücklage, weiter gesunken ist.

Die Pflegegebühren sind ein besonderes Problem; 85 Prozent aller Spitalbetten, so stellt das Kontrollamt fest, werden von den Krankenkassen belegt, der Kostenersatz deckt aber nicht einmal die Hälfte des Betriebsaufwandes.

Beim Bauwesen wird der mangelnde Wettbewerb bei den Ausschreibungen kritisiert. Der Kontrollamtsbericht nennt jedoch nicht die Gründe dafür. Der Redner meint, dies komme daher, weil immer wieder die Protektionskinder herangezogen werden.

Besorgniserregend ist nach wie vor die Lage der Verkehrsbetriebe. Wenn man will, daß die öffentlichen Verkehrsmittel mehr benützt werden, dann muß man diese aber auch attraktiver machen.

Dr. Schmidt kritisiert dann, daß manche Abteilungen sich jahrelang keinen Pfifferling um die Beanstandungen des Kontrollamtes scheren. Er verwahrt sich gegen diese Desavouierung des Kontrollamtes.

Als Beispiel für mangelhafte Planung zitiert der Redner, daß beim Museum die Koksheizung auf Gasheizung umgebaut wurde, was eine beträchtliche Kostensteigerung brachte.

Eingehend beschäftigt sich GR. Dr. Schmidt mit dem Wohnungsbau. Bedauerlicherweise wird die Bauzeit immer länger, während der Mangel an Arbeitskräften ständig zunimmt. 1962 wurden nur 3.574 Wohnungen fertiggestellt. 1961 waren es immerhin 4.349. Die Hoffnung auf zusätzliche Wohnungen durch Montagebauweise wird sich also nicht erfüllen.

Der Kontrollamtsbericht weist auch nach, daß die Kanalräumungsgebühren, von denen ursprünglich gesagt wurde, sie seien keine Erhöhung, sondern sollen nur eine gerechtere Ordnung herstellen, eine neuerliche Belastung für die Bevölkerung gebracht haben.

Abschließend beschäftigt sich Dr. Schmidt mit den Beteiligungen. Er fragt, warum sich die Gemeinde Wien an passiven Unternehmungen beteiligen muß, wie zum Beispiel an den Fleischwerken, noch dazu, wo es in der privaten Wirtschaft an solchen Unternehmungen gar keinen Mangel gibt.

Im übrigen erklärte der Redner, nehme die FPÖ-Fraktion den Bericht zur Kenntnis.

GR. Weninger (ÖVP) vertritt die Meinung, es sei erfreulich, daß sich der Gemeinderat separat mit dem Kontrollamtsbericht befassen könne. Er begrüßt ferner, daß verschiedene Anregungen seiner Fraktion bei dem Bericht Berücksichtigung gefunden haben. Auch er verweist darauf, daß die Rücklagen ständig zurückgehen.

In seinen Anregungen schließt sich Dr. Weninger unter anderem den Empfehlungen des Kontrollamtes an, Richtlinien auszuarbeiten, um den Neubau von Kindergärten wirtschaftlicher zu gestalten. Er fragt, ob man mit der luxuriösen Ausstattung unseren Kindern überhaupt etwas Gutes tut.

Dr. Weninger verweist darauf, daß sich 85 Prozent der über 6.000 Pfleglinge in Krankenabteilungen befinden, und stellt fest, daß früher wohl viele gehfähige, relativ gesunde alte Leute in den Heimen Aufnahme gefunden haben, während heute ein großer Teil krank und siech ist. Ein besonderes Kapitel stellen die Pflegegebühren in den Spitälern dar, wobei die Gemeinde 97 Schilling pro Tag und Bett aus eigenen Mitteln zuschießen muß.

Wenn der Kontrollamtsbericht von dem großen Bauarbeitermangel spricht, dann ergibt sich die Frage, warum nicht Fremdarbeiter zugelassen werden.

Es sei keine Reklame für die Gemeinde Wien, daß im Jahre 1962 nur 3.574 Wohnungen fertiggestellt bzw. den Benützern übergeben werden konnten.

Einiges ist im Kontrollamtsbericht leider nicht enthalten, etwa das Ergebnis der Neuen Wiener Wohnbauaktion. Bei der Darstellung der Baukosten sollte auch der Personalaufwand der mitwirkenden Magistratsabteilungen mitkalkuliert werden, weil nur dann ein Vergleich zwischen Privatbauten und Bauten der Gemeinde Wien gezogen werden kann. Kunstwerke sollte man nur dann vergeben, wenn die endgültige Planung feststeht.

Bei der Vergabung von Stipendien wären auch die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesuchsteller zu berücksichtigen. Man sollte nicht ohneweiters jedem Ansuchen stattgeben, sondern auch hier eine gewisse Auslese treffen. Ein Sorgenkind ist die Modeschule der Stadt Wien. Sie hat nicht das weltweite Echo gefunden, das man sich erhofft hat, die Besucherzahl ist gesunken, und es ist nur zu hoffen, daß nach der Reparatur des Gebäudes auch der Zustrom an Modeschülerinnen wieder zunehmen wird.

Ernstlich muß sich die Gemeinde mit der Frage befassen, wie sie die Bevölkerung auf die schädlichen Auswirkungen des Alkoholismus hinweisen kann.

Der Redner dankt allen Mitarbeitern am Kontrollamtsbericht und erklärt, daß die ÖVP ihn zur Kenntnis nehmen wird.

GR. Schreiner (SPÖ) verweist darauf, daß durch die Hoheitsverwaltung, die Stadtwerke und die verschiedenen Unternehmungen gigantische Beträge in die Wirtschaft fließen, die das Wirtschaftsleben der Stadt sehr stark beeinflussen.

Durchaus unerfreulich ist es, daß die Einnahmen aus der Getränkesteuer sich gegenüber 1961 um zwölf Millionen auf 149 Millionen erhöht haben, weil gleichzeitig der Anteil der in Heil- und Pflegeanstalten untergebrachten Alkoholiker wesentlich gestiegen ist. Hier wird viel Geld hinausgeschmissen und dabei die Gesundheit der Menschen und unsere Wirtschaft schwer geschädigt. Man muß geeignete Maßnahmen treffen, damit unsere Mitbürger das moderne Leben, das Wirtschaftswunderleben, auch meistern können.

Dagegen hat sich das Aufkommen aus der Grundsteuer nicht nur nicht erhöht, sondern sogar um etwas mehr als eine Million reduziert. Das erscheint einfach unverständlich in einer Zeit, in der die Grundstückspreise ins Gigantische steigen. Hier scheint eine Diskrepanz zwischen Verkaufswert und Einheitswert vorzuliegen, und es wäre dankbar, daß eine gewisse Verbindung zwischen dem Einheitswert und dem Verkaufswert hergestellt wird. Das gäbe eine gewisse Möglichkeit, Grundstücksspekulanten das Handwerk zu legen, und die Gemeinde hätte dabei auch die übergroße Mehrheit der Bevölkerung hinter sich. (Beifall bei SPÖ.)

Erfreulich ist, daß die Leserzahl in den Städtischen Büchereien zugenommen hat. Man sollte das Augenmerk darauf lenken, daß diese wertvolle Erziehungseinrichtung besonders von der Jugend immer stärker benützt wird. Ebenso erfreulich ist das Ansteigen des Jahresnettoaufwandes für Volks- und Hauptschüler von 1120 auf 1420 Schilling sowie die Tatsache, daß in Kindergärten und Horten 671 neue Plätze geschaffen werden konnten. Wenn die Zahl der Dauerbefürsorgten von über 57.000 im Jahre 1946 auf 8.279 zurückgegangen ist, zeigt das die riesige Aufbauarbeit der Sozialversicherung, es zeigt buchstäblich aber auch den Aufstieg einer Klasse.

Bei den Krankenhäusern, Heil- und Pflegeanstalten ergibt sich ein Abgang von rund einer halben Milliarde Schilling. Man wird von der Sozialversicherung verlangen müssen, was nur möglich ist, man wird aber auch Einsparungsmöglichkeiten ins Auge fassen müssen. So etwa wird man überlegen müssen, ob, wenn schon vor der Einlieferung ein diagnostischer Befund einer Krankenkasse vorliegt, in der Krankenanstalt eine zweite diagnostische Untersuchung in jedem Fall und unbedingt notwendig ist.

Der Kontrollamtsbericht stellt fest, daß wir 30.3 Prozent der Gesamtausgaben des ordentlichen Haushaltes für bauliche Investitionen aufwenden und eine ständige Steigerung der Baukosten zu verzeichnen ist.

1955 hatte eine Wohnung die Durchschnittsgröße von 50.7 Quadratmeter, 1962 waren es 60.44 Quadratmeter. Die Kosten pro Quadratmeter Wohn- und Nutzfläche sind von 1.617 Schilling im Jahre 1955 auf 2.599 Schilling im Jahre 1962 gestiegen, also um 60 Prozent. Die Kosten für einen Kubikmeter umbauten Raumes stiegen von 346 auf 587 Schilling, das sind 70 Prozent. Die Gesamtkosten einer Wohnung haben im Jahre 1955 81.967 Schilling betragen, stiegen jedoch um 100 Prozent und machten im Jahre 1962 163.486 Schilling aus. Selbst wenn man die bessere Ausstattung der Wohnungen und die größere Wohnfläche, die gestiegenen Löhne und Materialkosten berücksichtigt, muß man die Entwicklung auf dem Bausektor als bedrohlich bezeichnen. Außer der Bauindustrie gibt es in diesem Land kein Gewerbe, das sein Produkt um 100 Prozent verteuern konnte. Wir wissen alle, daß es in der Bauindustrie Absprachen gibt und die Preise bis ins Detail vereinbart werden. Man müßte darüber nachdenken, wie man diesen Schwierigkeiten in kürzester Zeit begegnen könnte.

Zur WÖK ist zu sagen, daß man bei diesem Betrieb versucht hat, die Modernisierung fortzusetzen und daher voraussichtlich auch besser abschneiden wird.

Bei der Abgabe von Pachtbetrieben in Laxenburg ist es so, daß die Stadt Wien das gesamte Areal in einem sehr schlechten Zustand übernommen hat. Es bestanden fast keine Einrichtungen, die imstande waren, die erholungssuchende Bevölkerung mit Erfrischungen zu versorgen. Die Schloß Laxenburg-Betriebsgesellschaft will nun an Interessenten herantreten, die imstande wären, Gaststätten oder Kaffeehäuser mit allen Einrichtungen hinzustellen und diese dafür in Pacht erhalten.

Abschließend stellt GR. Schreiner fest, daß der Kontrollamtsbericht die Zustimmung der SPÖ nicht nur deshalb findet, weil er alles kritisch hervorhebt, sondern weil er eine echte demokratische Selbstkontrolle ist, von der wir wünschen würden, daß sie in vielen anderen Betrieben, auch in der Privatwirtschaft, betrieben würde.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

./.

Europa-Gespräch 1963:

Nachtrag vom Mittwoch

=====

14. Juni (RK) Wir bringen als Nachtrag bereits den über die Austria Presse-Agentur ausgesendeten Bericht über den Nachmittag des zweiten Europa-Gesprächs-Tages am Mittwoch, dem 12. Juni.

Prof. Dr. Th. W. Adorno, Musiktheoretiker und Soziologe aus Frankfurt am Main sprach über das Thema "Laienkunst - organisierte Banausie?".

"Masse im soziologischen Sinne, sagte er unter anderem, ist kein quantitativer, sondern ein qualitativer Begriff, gekennzeichnet durch eine Reihe von Elementen, wie sie zum Beispiel auf psycho-analytischem Gebiet von Freud beschrieben worden sind.

Die Produkte der Kulturindustrie sind keine aus den Massen aufsteigende Kultur, sondern monopolistisch, von zentralen ideologischen Machtzentren manipuliert. Die Masse wird, gerade indem man sie scheinbar am Kulturleben teilnehmen läßt, dadurch, daß systematisch ihr Bewußtsein verändert wird, betrogen. Mit fortschreitender Barbarisierung nimmt das Moment des konservativen ab und nur die fortschrittliche Seite ist insofern konservativ, als sie den Geist noch ernst nimmt, während für die Konservativen der Geist reines Herrschaftsmittel ist.

Die Geschichte der Kultur ist die Geschichte der Städte. Die Idee der Freiheit war schon immer mit der Idee der Stadt verbunden. Die Stadt war ein Ort des Aufstiegs aus der Unfreiheit in die Freiheit. Allerdings ist die Stadt zugleich auch ein soziales Problem, als nivellierender Faktor, der zur Umformung der Gesellschaft führt. Die Stadt ist also nicht nur Gemeinschaft der freien Menschen, sie ist auch eine Form der Vergesellschaftung, die die Freiheit wieder unterdrückt. Die Form der Verwaltung hat eine Tendenz zur Verselbständigung, die das Bewußtsein der Bürger prägt. Auch die moderne Massenkultur zeigt den Einfluß diktatorischer Tendenzen.

Der kulturelle Abstand zwischen der geistigen Produktion einerseits und den sie empfangenden andererseits wird wirtschaftlich ausgebeutet und noch erweitert.

Auch der Geist wird zur Ware. So sind Produkte der modernen Kunst als Reaktion auf die zur Tauschgesellschaft sich entwickelnden Produktion zu verstehen. Die Entfremdung zwischen den Menschen ist so stark, daß alles, was dieses Gefühl zuklebt, sich gut verkaufen läßt. Die "Ideologie des Herzenswärmers" gewinnt Macht über die Menschen. So läßt sich auch das gewisse Lustgefühl von Menschen erklären, die sich glücklich schätzen, zu einer Bewegung dazu zugehören, obwohl diese nicht spontan, sondern von Interessenten manipuliert ist. Hier zeigt sich ganz deutlich eine strukturelle Verwandtschaft mit dem Nationalismus.

Nur wenn man die Menschheit beim gesamten potential ihrer Möglichkeiten nimmt, nicht wenn man ihrem gefesselten Bewußtsein bloß eine kulturelle Pflege angedeihen läßt, kann man von Bewußtmachung der Kultur sprechen. Nur wer das objektiv Richtige tut, dient den objektiven Interessen, denn wer auf Massen angeblich Rücksicht nimmt, will sie gängeln. Je weniger rücksichtsvoll der Mensch mit der Kultur konfrontiert wird, desto besser ist es für ihn.

Zu diesem im Grunde pessimistischen Bild kann allerdings als leise Hoffnung hinzugefügt werden, daß sich in den totalitären Staaten etwas wie ein immanenter Widerstand des Geistes zeigt. Er ist merkwürdigerweise weniger leicht abzudämmen als das politische Bewußtsein. Es ist der Geist, der Anspruch auf die eigene Wahrheit erhebt, der sich selbst widersteht und im vollen Besitz der Kontrolle sich selbst gegenüber ist. Es sind Menschen, die etwas wie eine Allergie gegen den verordneten Geist haben. Die Verwandlung in der Welt scheint dort ihre Grenze zu finden, wo der Geist der Herrschaft sich nicht ganz in Herrschaft auflösen kann.

Das Ko-Referat zu "Laienkunst - organisierte Banausie?" über die kulturellen Aspekte der Frage der "Vermassung" in den europäischen Großstädten hielt Direktor Michael Kustow, Theaterfachmann aus London.

"Zur Illustration der kulturellen Lage in Großbritannien zitierte er einen Artikel, der in den letzten Tagen erschienen ist und der von perfekten Atombunkeranlagen berichtet, in denen selbstverständlich auch alle Kunstschatze untergebracht werden sollten. Nur die Bewohner dieses unterirdischen ./. "

Kaninchenbaues sollten keinen Zugang dazu finden, die Kultur soll nicht öffentlich sein.

Das ist für die englische Einstellung zum Kulturleben typisch. Natürlich gibt es Leute, die sich darum 'kümmern', sie sind aber von Snobismus, von einer falschen Exklusivität gezeichnet und zeigen nur noch deutlicher die Kluft zwischen den Gesellschaftsgruppen. Nichts Ärgeres kann aber revolutionären und Verfechtern der Wahrheit auf kulturellem Gebiet passieren, als auf Zeitungsseiten breitgetreten zu werden oder - zu 'zornigen, jungen Männern' gestempelt - Gesprächsstoff für Cocktail-Parties abzugeben.

1956 war in London eine neue Generation aufgetreten, die sich auf allen Gebieten bemerkbar machte: auf dem Theater erstmals mit 'Blick zurück in Zorn' und etwas später mit Arnold Wesker, weiter auf dem Gebiet des Films und in einem Theater, das im East End von London, in einem Industrieviertel, ohne jegliche Subvention arbeitete.

Zwar gibt es in der heutigen 'Affluent society' keine Arbeiterschaft mehr, diese Künstler aber kamen aus der Arbeiterklasse, bezogen aus ihr die Anregungen und arbeiteten auch für sie. Da sie aber nirgends die von ihnen gewünschte Möglichkeit des Ausdrucks ihrer Ideen und des Kontakts fanden, wollten sie irgendetwas unternehmen oder organisieren, auch wenn sie noch keine klaren Vorstellungen über die Konkretisierung ihres Plans hatten. 1960 hielt Arnold Wesker in Oxford eine Rede, die ein schonungsloser Angriff auf die Kulturpolitik der Arbeiterbewegung war. Er strich hervor, daß das Wort "Intellektueller" bei den Linken einen recht anrühigen Klang hatte, daß man sich in der Arbeiterbewegung scheute, etwas zu tun, um kulturelle Werte an den Menschen heranzubringen. Diese Rede wurde dann in Form einer Broschüre an 400 Gewerkschaftssekretariate geschickt, worauf im Laufe der Zeit insgesamt fünf Antworten eintrafen. Auch eine Resolution wurde am Gewerkschaftskongreß gefaßt und da sie bei diesem Kongreß Nummer 42 der Tagesordnung hatte, beschloß die Gruppe von jungen Künstlern sich "Center 42" zu nennen. Sie wollten alle Kunstgattungen unter ein Dach vereinigen und von dort ein ganzes Netz kultureller Kraftquellen ausbauen. Vor allem wollten sie ohne Gewinnabsicht arbeiten, denn sie waren der Meinung, daß es das natürliche Recht jedes Menschen sei, seinen
./.

Anteil an der Kultur zu bekommen, daß es also nicht gestattet sei, für die Kunst wie für einen Spitalsaufenthalt oder eine Entleihung aus der Bücherei zu bezahlen. An die Gewerkschaft hatten sie sich natürlich auch aus praktischen Gründen - wegen des zur Verfügung stehenden Apparats gewandt.

1961 wurde das 'Centre 42' von einem Gewerkschaftssekretariat in den Midlands eingeladen, Festwochen zu veranstalten. Ohne über eigene Mittel zu verfügen, organisierten sie Volkliederkonzerte - und zwar gelangten nur echte, also unpolierte, darunter auch moderne Lieder zur Aufführung - Ausstellungen, Wettbewerbe für Theaterstücke und Dichterlesungen in Kantinen, Jazzabende, Jugendvorstellungen usw.

Der Erfolg war nicht immer gegeben, zum Beispiel waren die eingesandten Stücke nicht besonders hervorragend, was aber auf den Einfluß des Fernsehens zurückzuführen war, doch alles in allem konnte es doch als Erfolg bezeichnet werden, denn 1962 kamen bereits Einladungen von sechs kleineren Industriestädten Englands, in denen sie gebeten wurden, ähnliche Festwochen auch bei ihnen zu veranstalten.

Zweck des 'Centre 42' ist nicht eine bloße Förderung von Amateuren oder die Schaffung einer neuen Kulturgattung, einer Kultur der Arbeiterklasse, Ziel ist es vielmehr, der Kultur einen möglichst weiten Wirkungsbereich zu verschaffen."

Mit einem hochinteressanten Vortrag von Professor Jean Fourastie, Soziologe und Volkswirtschaftler, Frankreich, über "Demographische Probleme und Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt" wurde das Europa-Gespräch 1963 in der Volkshalle des Wiener Rathauses fortgesetzt.

Der Referent beschäftigte sich mit den beruflichen und gesellschaftlichen Umwälzungen im Zeitalter der industriellen Revolution und führte unter anderem aus:

"Die Entwicklung der Städte unterscheidet sich nicht von derjenigen auf dem Gebiete der Wirtschaft und der Technik in der heutigen Welt, dabei sind vor allem zwei Faktoren zu beachten: die demographische Komponente, da die Zahl der Bevölkerung in allen Ländern der Welt sehr stark zunimmt, - und andererseits die berufliche Seite stärker hervortritt, da der Anteil der

Beschäftigten immer mehr steigt. Noch vor hundert Jahren lebten dreiviertel der Menschen von der Landwirtschaft, in ungefähr dreißig Jahren aber werden dreiviertel der Bevölkerung im "Tertiären Sektor" (zum Beispiel Verwaltung, freie Berufe) beschäftigt sein.

"Die Probleme, die zweifellos die nächsten Jahre beherrschen werden", führte Professor Jean Fourastie weiter aus, "umfassen das Bevölkerungswachstum und die Standardsteigerung. In der Zeit bis zum Jahre 2000 wird die Menschheit von drei Milliarden auf ungefähr sechs Milliarden - also auf das Doppelte - anwachsen.

Die Hebung des Lebensstandards versetzt heute jeden in die Lage, bezüglich seiner Freizeitgestaltung und seiner Lebensbedingungen, wie zum Beispiel Wohnen, mehr und mehr zu erstreben, auch nimmt er einen immer größeren Anteil der Erdoberfläche für sich in Anspruch. Die Seltenheit bewohnbaren Grundes wird immer mehr fühlbar, sie kann in Zukunft auch dadurch sichtbar gemacht werden, daß man die Anzahl derjenigen Personen in Rechnung zieht, die irgend ein bestimmtes Gemälde in einem Museum sehen oder die jährlich an der Aufführung einer Oper von Mozart teilnehmen können. Wenn jeder Europäer des Jahres 2000 einmal in seinem Leben - außer durch Radiübertragung oder Schallplatte - eine Aufführung von "Figaros Hochzeit" in der Stadt, deren Atmosphäre sie entstammt, hören möchte, wieviele Opernhäuser müßte man da in Wien bauen?

Im Problem der Gestaltung einer Stadt ist auch das Problem des Bevölkerungszuwachses enthalten. Die verantwortlichen Stadtplaner müssen alle Fragen, die mit diesen großen Zahlen verbunden sind, überwinden und es möglich machen, daß die Quantität auf das Niveau der Qualität gehoben wird. So stellen sich die Probleme der kulturellen Funktion einer Stadt dar - in einer Epoche, da das menschliche Bedürfnis nach Kultur äußerst zugenommen hat und auch weiter zunehmen wird."

Europa-Gespräch 1963:

Der "Bürgersinn" stand zur Diskussion
 =====

14. Juni (RK) Am gestrigen Feiertag stand das Thema "Renaissance des Brügersinns" zur Debatte. Zunächst sprach Oberbürgermeister Dr. Werner Bockelmann (Frankfurt am Main). Er führte unter anderem aus:

"Renaissance des Bürgersinns' - soll das eine Fragestellung, eine Forderung oder gar die Festsstellung sein, daß eine solche Renaissance stattfindet? Es wird allgemein Klage über die Passivität des Bürgers von heute geführt. Das kritische Interesse sei wach, die Bereitschaft zu ehrenamtlicher, praktischer Mitarbeit aber nur schwach entwickelt.

Ist diese Klage so ganz berechtigt? Wer ständig mit Stadtparlamenten zu tun hat, weiß, daß in ihnen eine ganze Reihe von Männern und Frauen sitzt, die ein ungewöhnliches Maß ihrer Arbeitskraft und ihrer Zeit ohne jeden persönlichen Nutzen für das Wohl der Gemeinde opfern.

Und doch ist etwas dran an der an den Anfang gestellten Klage. Der Kreis derjenigen, die zu einer so aktiven bürger-schaftlichen Mitarbeit in der Gemeinde bereit sind, ist zweifellos außerordentlich klein.

Fragt man einen im Leben auf welchem Gebiet auch immer durchaus erfolgreichen Bürger, warum er sich so passiv verhalte, wenn es um Opfer und Leistungen für das Gemeinwesen gehe, in dem er lebe, so wird als erster Grund meist die völlige berufliche, wie es heute heißt, "Überforderung" vorgeschoben. Das erinnert mich an eine Empfehlung eines Geistlichen, wann immer einem die Worte "ich habe keine Zeit" zu entschlüpfen drohten, das Wort "Zeit" schnell vor sich selbst durch das Wort "Liebe" zu ersetzen.

Die zweite Ausrede ist meist die des homo apoliticus, wörtlich: "Ach wissen Sie, ich bin ja so völlig unpolitisch."

Seltener hört man auch ganz offen das Argument "Ich habe weder Lust noch Neigung". Das ist in der Wohlstandsgesellschaft wohl das ehrlichste Argument.

./.

Ist damit die beklagte Passivität des europäischen Bürgers hinreichend erklärt? Eine solche Erklärung wäre wohl reichlich billig.

Unsere moderne Industriegesellschaft hat auf Grund ihrer sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen die Tendenz, Gruppen und gewachsene Gemeinschaften zu einer Gesellschaft, die sich als amorphe Masse repräsentieren, aufzulösen und erzeugt damit die Erscheinungen der Vereinzelung und der Vermassung. Bei dem in der Masse vereinsamten Menschen muß das Gemeinschaftsgefühl verkümmern. Damit sinkt aber auch seine Bereitschaft, am politischen Leben unserer Zeit aktiv teilzunehmen und daher rührt auch die Passivität des Gemeindebürgers.

Sicher spielt das Problem der Quantität dabei eine bedeutende Rolle. Platon und Aristoteles haben sich schon für die griechische Polis mit der Frage der optimalen Größe einer Stadt beschäftigt. Beide legen bei ihren zahlenmäßigen Betrachtungen übereinstimmend als Prinzip zugrunde, die obere Grenze einer Stadtgröße sei dadurch bestimmt, daß ein jeder jeden noch gerade kennen können müsse. Erst die Auflösung der sozialen Bindungen mit Beginn des Industriezeitalters und das ungeheuer schnelle Wachsen der Städte leitete den Prozeß der Vermassung ein. Hier hat sich wahrhaftig im Hegelschen Sinne durch die quantitative Zunahme eine qualitative Veränderung vollzogen.

Die Industriegesellschaft hat uns aber nicht nur Städte mit einer zahlenmäßig unübersehbaren Einwohnerschaft beschert, mit der Komplizierung aller Lebensverhältnisse hat sich die Zahl der Probleme in einer Weise gesteigert, daß ein vielfältiges berufliches Spezialistentum auch im Bereich der kommunalen Verwaltung notwendig geworden ist. Jede Nähe des einzelnen Bürgers zu diesen Problemen muß verlorengehen. Man stellt zwar Forderungen an die Gemeinschaft, empfindet aber ihre Verwirklichung nicht mehr als "seine" Sache.

So bildete sich der moderne Massenmensch der Großstadt, dessen Passivität und verkümmerten Bürgersinn wir beklagen.

Wenn wir uns darauf beschränken, den neuzeitlichen Prozeß der Vergesellschaftungen mit seinen Tendenzen zur Auflösung alter Bindungen und Gemeinschaften mit den Folgen der Vereinsamung und Vermassung ohne zu werten als Tatsache nur zu konstatieren, so

können wir doch nicht umhin, diesen Prozeß als die eigentliche Ursache für die Passivität unserer Bürger den Gemeinschaftsaufgaben unserer Städte gegenüber zu erkennen. Diese Passivität empfinden wir aber als etwas Negatives. Ist sie unabwendbar? Wie läßt sich unter den gegebenen Verhältnissen die Teilnahme des Bürgers an dem Geschehen seiner Gemeinde wieder aktivieren? Wenn es gelingen soll, eine Renaissance des Bürgersinns einzuleiten, ist die erste Grundvoraussetzung überhaupt, daß man dem sich in der öffentlichen Meinung und vielfach auch in der Literatur breitmachenden Ressentiment gegen die große Stadt nicht zuletzt beim Großstädter selbst begegnen muß. Demgegenüber muß die Bedeutung der Stadt in der Geschichte der Menschen - ich erinnere an den Ausspruch Rüstow's "Alle Hochkulturen waren Großstadtkulturen" - und erst recht in der modernen Industriegesellschaft als eine notwendige Form menschlichen Zusammenlebens wieder ins Bewußtsein der Menschen dringen. Die Krankheit, die unsere Städte befallen hat, ist nicht tödlich. Sie kann geheilt werden. Sanierung unserer Großstädte! Sie setzt manches voraus. Eine gelenkte, moderne Stadtentwicklung kann durch städtebauliche Maßnahmen in mach einer Beziehung den Auflösungs-tendenzen unserer Zeit begegnen.

Der Städtebau darf aber nicht nur vom erwachsenen Bürger ausgehen. Er muß schon die Entwicklung des künftigen Bürgers, des Kindes und des Jugendlichen, in Richtung auf die Gemeinschaft beeinflussen. Die wichtigsten Gemeinschaften für die politische Willensbildung in der modernen indirekten Massendemokratie sind die politischen Parteien, die Pflege der Vereinigungen aller Art, insbesondere des weitverzweigten Vereinslebens, gehört ferner dazu. Eine besondere Rolle aber spielen in unserer Massengesellschaft die Interessenverbände aller Art.

Der wichtigste Schlüssel zur Renaissance des Bürgersinns ist aber die große Aufgabe einer intensiven staatsbürgerlichen Erziehung der jungen Menschen, die bereits in den Schulen einsetzen müßte. Ob eine Renaissance des Bürgersinns eintritt, hängt nicht zuletzt davon ab, welche Richtung der Wandel nimmt."

Das Ko-Referat zu diesem Thema erstattete Dr. Robert Jungk (Österreich). Er sagte unter anderem:

"Mit Recht erregt die Historiker, die politischen Wissenschaftler, die Soziologen und Psychologen kaum ein Thema so sehr wie die Tatsache, daß der generationenlange Kampf um die Erlangung des demokratischen Mitspracherechtes schließlich zu einem so paradoxen Resultat geführt hat. Der durchschnittliche Staats- und schon gar der Stadtbürger scheint nur sehr wenig Neigung zu verspüren, die ihm endlich zustehenden Rechte wirklich wahrzunehmen.

Erklärungen für diesen Niedergang des Bürgersinns habe ich in großer Zahl getroffen, Vorschläge für seine Wiederbelebung so gut wie keine und ich frage mich, ob sich nicht in der mangelnden Bereitschaft unserer Denker, auf Grund ihrer klugen Diagnosen dann auch therapeutische Pläne für eine mögliche "Heilung" zu entwickeln, jenes schleichende Leiden manifestiert, das sie oft so einleuchtend ergründen: die Resignation auch der gebildetsten und klügsten Staatsbürger vor den als unvollkommen erkannten und hingenommenen gesellschaftlichen Institutionen.

Es wird viel von den Entwürfen, Modellen, Plänen der Architekten, der Städtebauer und Regionalplaner gesprochen werden. Sie haben den geistigen Mut - vielleicht war es Tollkühnheit- aufgebracht, die neue Zeit und ihre veränderte Gesellschaft bedenkend, Lösungen vorzuschlagen, "Blaupausen" an die Öffentlichkeit heranzutragen und sie dann in Wirklichkeit umzusetzen. Gerade die Männer, die unsere Städte bauen, klagen nun allerdings immer wieder darüber, daß ihnen gesellschaftliche Konzepte, die auf der Höhe der Zeit und der durch sie aufgeworfenen Probleme ständen, nicht gegeben würden. Der Geist, der sich den neuen Körper baut, zögert und zweifelt noch. Lassen Sie mich mit der Erziehung beginnen. Wie könnte, wie sollte eine Erziehung zur aktiven Teilnahme am Leben der Gemeinschaft aussehen? Sie müßte doch, da Demokratie vor allem Mitspracherecht des Einzelnen in Staat und Gemeinde bedeutet, in erster Linie den Mut zum eigenen, vor keiner Autorität zurückweichenden, kritischen Urteil heranbilden. Die Parole einer
./.

solchen Erziehung hieße "Unruhe ist die erste Bürgerpflicht", eine Unruhe, die im Sinne der Sorge um und für die Zukunft zu verstehen wäre. Eine solche staatsbürgerliche Erziehung gibt es bis heute in Europa - im westlichen ebenso wie im östlichen, im "linken" wie im "rechten" - noch nicht.

Heute ist es aber doch so, daß ein am Leben der Polis, daß ein politisch interessierter junger Mensch also, der beim staatlichen oder städtischen Gemeinwesen nicht nur als braver Parteinachwuchs mittun will, sondern sich seine eigenen Gedanken macht, herzlich wenig Möglichkeiten zur Betätigung seines Bürgersinns geboten erhält. Der Wohlfahrtsstaat ist bereit, seinen Bürgern ziemlich viel zu geben. Aber ist er auch bereit, von ihnen etwas zu nehmen, es sei denn den Stimm- und den Steuerzettel?

Doch kann eine Reform bestehender sozialer Institutionen vom staatsbürgerlichen Unterricht bis zu den Parteien und Verbänden noch nicht eine "Renaissance des Bürgersinns" erreichen. Wir werden uns vielmehr bemühen müssen, für die vor allem durch die Erfindungen und Neuerungen der Technik entstandene heutige Massengesellschaft neue soziale Institutionen zu "erfinden", damit - wie Mitscherlich es ausgedrückt hat - "die Massen aus der Stummheit, aus der erzwungenen vegetativen Passivität zum Sprechen gebracht werden."

Wäre es nicht ratsam, ja sogar dringend notwendig, zahlreiche Möglichkeiten des Kontaktes zwischen den Bürgern und ihren Institutionen zu schaffen? Wäre es nicht möglich, im Rathaus jeder Großstadt ein Amt zu schaffen, an das sich jeder Bürger wenden könnte, wenn er "mitsprechen" möchte?

Während ich diese Vorschläge mache, höre ich schon den Widerspruch der Verantwortlichen. Einer dieser Einwände lautet: "Was verstehen denn die Leute? Die Probleme sind doch heute viel zu kompliziert für den Laien." Und der andere heißt: "Die haben doch ganz andere Sachen im Kopf!", "uninformiert und uninteressiert", "unwissend und unbekümmert" - so wird, wenn wir einmal offen sprechen, der Mensch der heutigen Massengesellschaft von den meisten seiner Vertreter, von den Staatspitzen und den Stadtvätern beurteilt. Und in dieser Einstellung scheint mir der tiefste Grund für die Stagnation

der Demokratie, für die Passivität des Bürgers zu liegen.

Ich meine, daß im Zeitalter der Atomwaffen und der hochtechnisierten Polizeikontrolle die gewaltsame Durchsetzung gesellschaftlicher Ziele nicht mehr möglich ist und daher neue Methoden des friedlichen Wandels entwickelt werden müssen. Könnte es nun nicht so sein, daß gerade die Stadt im Unterschied vom Staat das geeignetste soziale Experimentierfeld wäre, in dem neue Methoden gesellschaftlichen Mitbesitzes und gesellschaftlicher Mitbestimmung erst einmal erprobt werden würden, bevor man sie dann im nationalen oder sogar internationalen Maßstabe einführt? Schon einmal hat doch der "Stadtgeist" über die Stadt hinaus auf die ganze politische Gemeinschaft hin ausgestrahlt und ist beispielhaft geworden. Wäre es nicht möglich, daß die soziale Erneuerung im Geiste einer Freiheit, die auf der Fähigkeit und dem Recht des einzelnen Bürgers zur Kritik und zum Entwurf gegründet ist, von den Städten aus auf die in Wahrheit heute noch obrigkeitlich, autokratisch, expertokratisch regierten Staaten und Staatengruppen in West und Ost übergreift? "

- - -

Josef Richter zum Gedenken
=====

14. Juni (RK) Auf den 16. Juni fällt der 150. Todestag des Schriftstellers Josef Richter.

Er wurde am 16. März 1749 in Wien geboren und ist hier auch gestorben. Sein Leben verlief nach außen hin ruhig, da er es als typischer Kleinbürger immer verstand, sich trotz der Wirren der Zeit in entsprechender Entfernung von den Ereignissen zu halten. Richter widmete sich nach der Schule zuerst dem Kaufmannsstand. Es war ihm aber schon bald möglich, sich durch den Ertrag seiner Feder zu erhalten, ja sogar zu Vermögen und gesellschaftlichem Ansehen zu kommen. Er gehörte damit zu den wenigen freien Schriftstellern jener Zeit, die kein Bettlerdasein führen mußten und arm starben. Bildungsreisen und ein eifriges Selbststudium ließen ihn ein Niveau erreichen, von dem aus er in journalistischer Art zu allen Fragen der Zeit Stellung nehmen konnte. Richter begann zunächst mit lyrischen Versuchen. Dann folgten, ähnlich den englischen moralischen Wochenschriften, Veröffentlichungen über Wiener Verhältnisse sowie Theaterstücke, die auch im neuen Burgtheater aufgeführt wurden. Den ersten Erfolg brachte ihm sein satirisches Lesebuch "ABC für Erwachsene". Mit seinen "Bildergalerien", gleichfalls satirischen Beschreibungen weltlicher und kirchlicher Mißbräuche, steht er in der Reihe der josefinischen Pamphletisten. In die Wiener Kulturgeschichte ist Josef Richter durch seine sich über 25 Jahre erstreckende Zeitschriftenpublikation eingegangen, die man allgemein als "Eipeldauer-Briefe" bezeichnet. Das erste dieser Hefte erschien 1785. Die eigentliche Serie begann Ende 1792 und reichte bis zum Jahre 1797. Nach einer zweijährigen Pause folgte die Serie "Der Wiederaufgelegte Eipeldauer" und schließlich ab 1802 bis 1813 die Serie "Briefe des jungen Eipeldauers an seinen Herrn Vetter in Kagran". Nach Richters Tod wurden die Briefe von Gewey und schließlich von Bäuerle bis 1821 weitergeführt. Die Fiktion der Briefe besteht darin, daß ein Bauer aus Eipeldau nach Wien kommt und sich als primitiver unvoreingenommener Mensch mit der neuen Welt auseinandersetzen muß. In diesem Rahmen werden im Laufe von 25 Jahren sämtliche Tagesereignisse Wiens, angefangen von den Verhältnissen auf der Straße und auf dem Markt, über Aus-

stellungen und Theateraufführungen bis zu den welthistorischen Ereignissen der Koalitions- und Franzosenkriege beschrieben. Die zu Beginn aufklärerisch oppositionell eingestellte politische Haltung wandelte sich mit dem Regierungsantritt Franz II. in eine stockkonservative, reaktionäre Stellungnahme zu jedem fortschrittlichen Gedanken. Richter hat es meisterhaft verstanden, dem kleinen Mann nach dem Mund zu reden, und mit untrüglicher Sicherheit gespürt, wie der Wiener Kleinbürger auf die gewaltigen geistigen und politischen Umwälzungen der damaligen Zeit reagierte. Die Jakobinerbewegung in Österreich und Ungarn ist das Hauptziel seiner Angriffe. Die "Schackeln", wie er die Jakobiner nennt, spielen bei ihm eine ähnliche Rolle, wie die "Roten" in der kleinbürgerlichen Wiener Presse zur Zeit der jungen Arbeiterbewegung. Erstaunlich primitiv ist seine Stellung zur großen deutschen Dichtung und zu Shakespeare. Die Eipeldauer-Briefe, ein typisches Dokument ihrer Zeit und des Wiener Kleinbürgertums, sind das Gegenteil der 100 Jahre später erschienenen "Fackel" von Karl Kraus, der ebenso wie Richter der alleinige Autor seiner Zeitschrift war. Die Briefe sind aber als Materialsammlung zur Kulturgeschichte eine Fundgrube, wie es keine zweite für die damalige Zeit gibt. Ihr Einfluß auf die Wiener Leser muß gewaltig gewesen sein. Nachahmer versuchten sich als Konkurrenten, doch konnte Richter alle ausstechen. Es ist interessant, daß der "Eipeldauer", auch nachdem Bäuerle die Serie aufgegeben hatte, einen Nachfolger und Fortsetzer seiner Tradition gefunden hat, der bis in die Zeit unserer Väter hineinreichte, den "Hans-Jörgel aus Gumpoldskirchen".

- - -

Rundfahrten "Neues Wien"

=====

14. Juni (RK) Montag, den 17. Juni, Route 5 mit Theater an der Wien, Baustelle der dritten Zentralberufsschule, Volkshaus Arthaberplatz, Laaer Berg-Bad und Heizwerkstätte sowie anderen städtischen Anlagen und Einrichtungen im 10. Bezirk. Abfahrt vom Rathaus, 1, Lichtenfelsgasse 2, um 13.30 Uhr.

- - -

Fortsetzung des Sitzungsberichtes:Schlußwort Slavik zur Debatte über Kontrollamtsbericht

Vizebürgermeister Slavik dankt für die sachliche und interessante Diskussion. Zur Modeschule ist zu sagen, daß es eine kurze Zeit lang den Anschein hatte, als könnte man nicht genügend Interessenten finden. Jetzt ist wieder ein Anstieg zu verzeichnen und auch das Auslandsinteresse ist seit dem hervorragenden Abschneiden der Schule bei einem internationalen Wettbewerb gestiegen.

Stipendien wurden nicht unkontrolliert vergeben, nur ist die Überprüfung des Studienfortganges etwas zu zögernd geschehen.

Viel wurde über Fragen des Bauwesens gesprochen und auch darüber, daß die Zahl der fertiggestellten Wohnungen zu gering ist. Man darf jedoch nicht außer acht lassen, daß wir im Jahr 1962 die höchste Quadratmeterzahl erreicht haben. Die Wohnungsgröße ist von 1950 bis 1962 durchschnittlich um zehn Quadratmeter pro Wohnung gestiegen. Die Baupreise haben sich jedoch seit 1955 verdoppelt. Zu diesen hohen Baukosten führten die Lohn- und Materialpreiserhöhungen, zweifellos aber auch die Absprachen und die gute Beschäftigungslage. Begünstigt werden diese Preiserhöhungen aber auch durch unsere Steuergesetzgebung, die Abschreibungen für Investitionen ermöglicht, die aber wiederum im Preis eingerechnet werden. Untersuchungen haben ergeben, daß die Baukosten im Jahre 1958 bei der Gemeinde Wien 331 Schilling pro Kubikmeter ausmachten, bei Privaten aber 455 Schilling. Was die Überschreitungen anlangt, ist zu sagen, daß der allergrößte Teil auf unsere Verpflichtungen nach der Ö-Norm zurückzuführen ist, da alle Lohn- und Materialsteigerungen während der Bauzeit berücksichtigt werden müssen.

Was die Einhebung der Grundsteuer anlangt, sie erfolgt vorläufig noch nach dem Einheits- und dem Verkehrswert. Sie soll jedoch geändert werden. Mit der Errichtung der Montagebaufabrik konnte erst begonnen werden, als man die Erfahrungen des Auslandes verwerten konnte. Wir lernen auch heute noch aus unserer bestehenden Fabrik und werden diese Erfahrungen bei weiteren An-

lagen verwenden, vorausgesetzt, daß sich die Montagebauweise rentiert.

Die wirtschaftliche Situation der Stadtwerke wird von der Stadtverwaltung ständig mit Aufmerksamkeit verfolgt. Es hätte jedoch keinen Sinn, Belastungen auf die Stadt Wien zu überwälzen. Die bei den Verkehrsbetrieben erzielten Einnahmen würden nicht einmal für die Deckung der Personalkosten ausreichen, die 104 Prozent aller Einnahmen ausmachen.

Ständig bemüht ist man, den Bettenmangel in den Spitälern zu beheben. Dieser Mangel ist aber letzten Endes auch darauf zurückzuführen, daß in den Wiener Spitälern viele Nichtwiener untergebracht werden, die nicht wegen einer ernsthaften Erkrankung, sondern wegen irgendeiner Kleinigkeit in ein Wiener Spital gebracht werden.

Die noch größere Ausnützung der Elektronenanlage ist eine technische Frage. Es ist nicht leicht, die schwierigen Berechnungen der Gehälter, die ja nicht nur aus einem Grundgehalt, sondern vielfach auch aus Familien- und Leistungszulagen bestehen, auf den Maschinen vorzunehmen. Sicherlich wird man aber auch hier einen Weg finden.

Was die Beteiligungen betrifft, die Fleischwerke machen auch uns Sorgen, aber man kann es nicht so einfach sagen, wir sind nicht mehr daran interessiert. Bei der Odelga und bei der WÖK sind die Finanzen des Jahres 1962 bereits aktiv.

Der Referent verwahrte sich auch gegen den Vorwurf, daß durch die Grundkäufe der Gemeinde die Grundpreise in die Höhe getrieben werden.

Bei der Abstimmung wird der Bericht des Kontrollamtes einstimmig zur Kenntnis genommen.

Förderungsbeiträge für Kleingärtner. GR. Fürstenhofer (SPÖ) referiert einen Antrag, 70.000 Schilling als Beitrag zur Förderung der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter zu genehmigen. Dieser Betrag soll vor allem der Schädlingsbekämpfung dienen.

GR. Hausner (KLS) meint, daß dieses Geld viel zu wenig sei. Es gibt allein in Wien 328 Kleingartenvereine mit 46.500 Mitgliedern. Das bedeutet, daß nicht einmal zwei Schilling pro Mit-

glied entfallen. Dabei sind die Siedler und Kleintierzüchter gar nicht berücksichtigt.

Bei dieser Gelegenheit erneuert der Redner die Forderung, daß man schon bei der Planung auf den Bestand der Kleingärten Rücksicht nehmen müsse.

GR. Fürstenhofer antwortet in seinem Schlußwort, daß er schon bei der letzten Budgetdebatte auf die Notwendigkeit der Erhaltung der Kleingärten hingewiesen habe.

Bei der Abstimmung wird der Antrag einstimmig angenommen.

Vorbereitung des Wohnbauprogrammes 1964/65

Stadtrat Koci (SPÖ) referiert über die Vorbereitung des Wohnbauprogrammes der Jahre 1964 und 1965 und die Sicherstellung der Mittel dazu. Wie der Referent ausführt, nimmt die Vorbereitung mehrere Monate in Anspruch. Es war daher schon jetzt notwendig, die Baustellen zu bestimmen, vor allem wegen der Grundfreimachung. Der Gemeinderat soll daher heute die Verbauung im Zuge des Wohnbauprogrammes 1964 und 1965 grundsätzlich beschließen. Das Stadtbauamt wird beauftragt, die zur Beschaffung der Baupläne und zur Freimachung der für die Bebauung und Aufschließung benötigten Grundstücke erforderlichen Maßnahmen unverzüglich zu veranlassen und den Zeitpunkt des Baubeginnes der einzelnen Baustellen zu bestimmen.

GR. Hahn (ÖVP) sagt, dem heutigen Geschäftsstück komme besondere Bedeutung zu, wenn man bedenkt, daß noch immer 30.000 Wohnungsuchende bei der Gemeinde Wien vorgemerkt sind. Wenn man das Verzeichnis der Baustellen sieht, so sind die 37 neuen Bauvorhaben eine beachtliche Zahl. Es sei jedoch nicht ersichtlich, wie groß die Zahl der Wohnungen sein wird und wieviele Altnieter abgesiedelt werden müssen. Der Redner bemerkt außerdem, daß die Zahl der fertigen Wohnungen von Jahr zu Jahr geringer werde. Heuer sollen angeblich nur 3.700 Wohnungen einschließlich der Montagebau fertig werden.

Es kommt auch immer wieder vor, daß Bauten nicht bezogen werden können, weil noch keine Straßen bzw. Zufahrtswege vorhanden sind. Vielleicht sollte man zuerst die Straßen- und Zufahrtswege schaffen und dann erst mit dem Hausbau beginnen.

./.

Planlos ist es auch, wenn Räumungstermine zu einem Zeitpunkt angesetzt werden, wo keine Neubauwohnungen zur Verfügung stehen. Bedauerlich ist, daß in den letzten Jahren fast überhaupt keine Wohnungen für alte Menschen gebaut werden. Der Redner stellt aus diesem Grund den Antrag, im Wohnbauprogramm für 1964/1965 eine entsprechende Anzahl von Wohnungen für alte Menschen vorzusehen.

Unter Bezugnahme auf die von Fachleuten geforderte Auflockerung dichtverbauter Wohnviertel kritisiert GR. Hahn, daß die Gemeinde an die Stelle niedergerissener Althäuser mit wenig Baufläche neue Häuser baut, statt an ihrer Stelle kleine Parkanlagen oder Kinderspielplätze zu errichten. Das Wohnbauprogramm der Gemeinde Wien darf das städtebauliche Grundkonzept auf keinen Fall außer acht lassen. Gerade die Gemeindeverwaltung muß beispielgebend vorgehen. Besonderes Augenmerk sollte man wie in Amerika und den nordischen Staaten den Reihen- und Einfamilienhäusern zuwenden, wo die Mehrkosten durch vorgefertigte Bauteile und den Wegfall verschiedener Einrichtungen wie Aufzüge etc. wieder ausgeglichen werden könnten. Wien dürfte der modernen Entwicklung nicht weiter nachstehen.

Der Redner gibt der Hoffnung Ausdruck, daß einige der umstrittenen Projekte noch revidiert werden, und gibt in diesem Sinne die Zustimmung der ÖVP zu dem Bauprogramm.

Stadtrat Koci sagt in seinem Schlußwort, daß im Rahmen des sozialen Wohnbauprogramms jährlich 4.000 Wohnungen errichtet wurden, daß die Sozialisten in den vergangenen Legislaturperioden immer mehr als versprochen gebaut haben, und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß es auch diesmal gelingen wird. Es wäre ideal, wären noch größere Grundstücke für die Bebauung frei, aber diese Zeiten sind vorbei. Die Menschen wehren sich auch noch immer gegen eine Übersiedlung über die Donau, weil da noch Verkehrsschwierigkeiten bestehen. Infolge des Ausbaues der Schnellbahn hat sich die Situation schon gebessert, und es ist zu hoffen, daß sich nach Fertigstellung der dritten und vierten Donaubrücke und Durchführung der sonstigen Aufwertung dieser Gebiete der Widerstand der Wiener gegen den 21. und 22. Bezirk doch verringern wird.

Reihen- und Einfamilienhäuser kommen nicht billiger, weil doch jedes Haus ein eigenes Dach, eigene Wasserleitung, eigene Kanalisation braucht. Dazu kommen noch die Schwierigkeiten der Grundbeschaffung. Die Gemeinde Wien ist jedenfalls stets bestrebt, die Baugründe so auszuwählen, daß eine richtige Verbauung möglich ist. Natürlich wäre es besser, im dichtverbauten Gebiet an der Stelle eines niedergerissenen Hauses einen Park anzulegen, aber das ist eben nicht möglich.

Bei der Abstimmung wird die Vorlage über die Vorbereitung des Wohnbauprogrammes der Jahre 1964 und 1965 einstimmig angenommen und der Beschlußantrag dem zuständigen Ausschuß zugewiesen.

Das neue Floridsdorfer Bad

Stadtrat Koci (SPÖ) referiert sodann einen Antrag auf Errichtung eines Warmbades mit Schwimmhalle im 21. Bezirk. Der Referent stellt fest, daß der Antrag bei der letzten Sitzung von der Tagesordnung abgesetzt wurde, weil von verschiedenen Sportstellen und Funktionären Einsprüche gegen die geplante 33 $\frac{1}{3}$ - Meter-Bahn erhoben wurden. Sie traten dafür ein, bei dem geplanten Bad eine 50-Meter-Bahn, die den internationalen Bestimmungen entspricht, zu errichten. Die Verhandlungen wurden nun jedoch mit dem Ergebnis abgeschlossen, daß man doch bei der Errichtung der 33 $\frac{1}{3}$ -Meter-Bahn bleibt. Die Stadt Wien beabsichtigt nun die Errichtung des Warmbades mit Schwimmhalle, einer Sauna, einer Lehrschwimmhalle und eines Kinderbades. Bei Vollbetrieb soll das Bad einen Fassungsraum für 1000 Personen haben. Die Zuschauertribüne soll 500 bis 600 Personen Platz bieten. Das Lehrschwimmbecken soll abseits von der großen Schwimmhalle liegen. Für die warme Jahreszeit sind Übergänge von der Schwimmhalle in das freie Gelände vorgesehen, wo ein Kinderplanschbecken und Spiel- und Liegeflächen für Erwachsene errichtet werden.

Die verbaute Fläche des gesamten Komplexes beträgt rund 4290 Quadratmeter.

Die voraussichtlichen Baukosten belaufen sich auf 102 Millionen Schilling. Als erste Baurate sind 10 Millionen Schilling im Voranschlag 1963 bedeckt.

GR. Bittner (ÖVP) begrüßt im Namen der Bewohner jenseits der Donau die Errichtung des schon seit Jahrzehnten diskutierten Bades. Erfreulich ist, daß das Bad auch über ein Lehrbecken, eine Sauna und ein Kinderbecken verfügen wird. Als einen Wermutstropfen bezeichnet der Redner die Tatsache, daß man das Schwimmbecken nicht internationalen Maßstäben entsprechend 50 Meter lang baut. Die Sportverbände stimmten dem $33 \frac{1}{3}$ Meter-Becken nur deswegen zu, weil man sie vor die Alternative stellte, entweder bei der Stadthalle oder im 21. Bezirk eine 50-Meter-Bahn zu errichten. Bei derartigen Dingen gebe es aber keine Alternative, noch dazu, wenn man sich zur selben Zeit um die Olympiade bewirbt. Gerade bei den Schwimmbecken ist Wien keineswegs olympiareif, denn nur das Stadionbad entspricht den Anforderungen längenmäßig, ist aber nicht heizbar und hat auch nicht die vorgeschriebenen Überläufe. Nur das richtige Funktionieren des Überlaufes garantiert günstige Bedingungen für die Abwicklung von Wettkämpfen. Für die Durchführung einer Olympiade sind aber mindestens vier Becken notwendig, die allen Erfordernissen entsprechen. In Österreich gibt es solche Becken in Schwochat, in Linz, Leoben, Wels und Steyr. Es ist bedauerlich, daß Wien über derartige Anlagen nicht verfügt. Wenn man nun ein großes Bad errichtet, dann sollte man die Gelegenheit nicht versäumen, und gleich ein allen Anforderungen entsprechendes Becken bauen. Die sportbegeisterte Jugend müßte die Möglichkeit zum Trainieren erhalten, da sie sonst bei internationalen Bewerben kaum bestehen könnte. Die Wiener Jugend dürfte nicht schlechter daran sein als die Linzer oder Welser. Man müßte nun auch darangehen, über die Stadthalle hinaus das Stadionbad olympiareif zu machen, damit wir bei der nächsten Bewerbung darauf hinweisen können, daß unsere Sportanlagen den internationalen Erfordernissen entsprechen. Der Redner stellt den Antrag, daß die Pläne zur Errichtung eines Warmbades mit Schwimmhalle im 21. Bezirk dahingehend abgeändert werden, daß das Ausmaß des Sportbassins 18 x 50 Meter beträgt. Im übrigen stimme die ÖVP dem Antrag zu.

GR. Ing. Hofmann (SPÖ) begrüßt die Errichtung des Bades, und die Tatsache, daß den Wünschen der Bevölkerung Rechnung getragen, und eine Sauna eingeplant wurde. Leider haben die Grundverhandlungen viel Zeit in Anspruch genommen, sodaß der Bau erst jetzt begonnen werden kann. Zur Forderung nach einer 50-Meter-Bahn ist zu sagen, daß sich die Schwimmverbände für die 33 $\frac{1}{3}$ -Meter-Bahn ausgesprochen haben, ja sogar eine mögliche Trennung des Bassins nach 25 Metern verlangt haben.

Als erfreulich bezeichnet es der Redner, daß die Stadtverwaltung darangeht, ein Zentrum Floridsdorf zu bilden. Eine Schule ist fertiggestellt, das Bad ist im Entstehen und Gespräche über die Schaffung einer Stätte der Begegnung sind bereits im Gange. Notwendig wäre es noch, auf bereits vorhandenen Grundstücken mit dem Bau des Gymnasiums und der Handelsschule zu beginnen und damit das Floridsdorfer Zentrum zu vervollständigen.

Stadtrat Koci verwies in seinem Schlußwort darauf, daß sich die Grundfreimachung für das Floridsdorfer Bad durch den strengen Winter um ein halbes Jahr verzögert hat.

Wegen eines zweiten 50-Meter-Schwimmbeckens in Wien wäre zu sagen, daß sowohl die zuständigen Sportstellen als auch Schwimmsportler mit bekannten Namen der Meinung sind, daß eine zweite 50-Meter-Bahn in Wien nicht notwendig sei, ja daß man sogar deswegen davon absehen will, weil für andere Zwecke, wie zum Beispiel für Wasserball, die 33 $\frac{1}{3}$ -Meter-Bahn günstiger ist. Auch in anderen Ländern kommt man von der 50-Meter-Bahn ab. Ist einmal ein Wassersportler soweit, daß er für internationale Kämpfe in Frage kommt, dann steht ihm in Zukunft das neue Hallenbad mit der 50-Meter-Bahn bei der Stadthalle zur Verfügung.

Der Abänderungsantrag des Gemeinderates Bittner wegen Errichtung einer 50-Meter-Bahn im Floridsdorfer Bad erhielt nur die Unterstützung der ÖVP-Stimmen. Der Antrag Koci wurde einstimmig angenommen.

Wienerhält Institut für wissenschaftliche Forschung

GR. Liwanec (SPÖ) referierte sodann einen Antrag auf Umbau des aufgelassenen städtischen Schulgebäudes, 6, Stumpergasse 56, zur Unterbringung eines Institutes für höhere Studien und wissenschaftliche Forschung. Der Umbau wird der Gemeinde 9,950.000

Schilling kosten. Das Institut soll auf Betreiben der berühmten Ford-Stiftung ins Leben gerufen werden.

GR. Hausner (KLS) fragt an, wozu das Institut dienen soll, weil im Antrag nichts über den künftigen Zweck steht.

GR. Eleonore Hiltl (ÖVP) sagt, sie freue sich, daß ein sicherlich interessantes Institut in Wien Unterkunft findet. So begrüßenswert dies auch ist, so habe sie in diesem Zusammenhang doch Sorge um das künftige Schicksal der Volkshochschule Wien-West in der benachbarten Amerlingstraße. Die Volkshochschule Wien-West ist seit etwa 16 Jahren in dem alten Bundesrealgymnasium untergebracht und nun ist zu erwarten, daß dieses Gebäude demnächst adaptiert wird. Dann aber muß die Volkshochschule ausziehen und wird dorthin nicht mehr zurückkehren können. Aus diesem Grunde ist der Volkshochschule schon einmal andeutungsweise das Gebäude in der Stumpergasse als künftiges Quartier versprochen worden. Mit der neuen Disponierung hätte Wien-West keine Aussicht mehr, in ihrem eingesessenen Gebiet wieder unterzukommen. Vielleicht wäre aber ein Ausweg der, die Adaptierung in der Stumpergasse so zu gestalten, daß neben dem neuen Institut auch noch genug Platz für die Volkshochschule bleibt. Die Debatterednerin stellte einen entsprechenden Beschluß- und Resolutionsantrag.

Dr. Stemmer (SPÖ) hebt die Bedeutung der Errichtung dieses Instituts hervor, das besonders auf dem Gebiet der Sozialwissenschaft und der diesem verwandten Disziplinen Lehre und Forschung betreiben soll. Es handelt sich nicht um eine Hochschule im üblichen Sinn, denn Voraussetzung für den Besuch ist, daß man bereits eine Hochschule absolviert hat. Das Lehr- und Forschungsprogramm zeigt bereits, daß das Institut eine sehr wesentliche Aufgabe erfüllen soll und sich mit Gebieten befassen wird, die jetzt auf verschiedene Fakultäten verteilt sind. Wien hat alles Interesse daran, internationale Institutionen von wirklichem Wert hierherzubekommen, und wir müssen jede derartige Initiative begrüßen. Für die ersten vier Jahre stellt die Ford-Stiftung eine Million Dollar, also 26 Millionen Schilling, der Bund einen gleich hohen Betrag zur Verfügung. Der Beitrag der Gemeinde Wien ist die Beistellung eines Gebäudes.

./.

Vielleicht fiel die Wahl auf das Objekt in der Stumpergasse auch deswegen, weil die Gemeinde Wien schon einmal, beim Pädagogischen Institut, bewiesen hat, was sie aus einem alten Haus zu machen imstande ist. Die Lehrtätigkeit wird von verschiedenen Gastprofessoren aus aller Welt ausgeübt werden, unter ihnen befinden sich Persönlichkeiten, die in Österreich ihre wissenschaftliche Laufbahn begonnen haben. Nur ein Teil von ihnen ist durch die politischen Ereignisse gezwungen worden, Österreich schon vor Jahrzehnten zu verlassen, ein anderer Teil ist durch die Ungunst der wissenschaftlichen Verhältnisse in Österreich dazu veranlaßt worden. Es ist schön, daß sie nun als Gastprofessoren zurückkehren, es ist aber nicht gerade ein Ruhmesblatt für uns, daß wir sie nur als Gastprofessoren begrüßen können; sie hätten österreichische Professoren werden können, wenn die Entwicklung nicht gerade auf diesem Gebiet einiges zu wünschen übrig ließe.

Was die Volkshochschule Wien-West anlangt, ist heute noch nicht zu sagen, ob das Raumprogramm in dem bekanntgegebenen Sinne oder nur anders verwirklicht werden kann, da die Volksbildungsinstitutionen das sehr charakteristische Merkmal haben, daß das Haus drei Viertel des Tages leersteht. Wenn man darangeht, für die Volksbildungsinstitutionen Räume zu schaffen, ist das nur in Koordination mit anderen Einrichtungen denkbar. Das wird auch für die Volkshochschule Wien-West möglich sein, nur kann noch nicht gesagt werden, wo und wie.

Wir Sozialisten werden dem Projekt für ein Institut für höhere Forschung zustimmen, weil wir uns davon auf Grund unserer Lage im künftigen Europa wirkliche Beiträge erwarten! (Beifall bei der SPÖ.)

In seinem Schlußwort stellt GR. Liwanec fest, daß ein Antrag, wie der von der GR. Nora Hiltl eingebrachte Beschlußantrag, die Bemühungen Abhilfe zu schaffen, nur torpedieren könnte.

Bei der Abstimmung wird die Vorlage über den Umbau des Schulgebäudes in der Stumpergasse einstimmig angenommen, der Antrag Hiltl gegen die Stimmen der ÖVP abgelehnt.

Hierauf referiert GR. Bolaffio (ÖVP) über die Errichtung einer Verkehrslichtsignalanlage in Wien 22, Wagramer Straße-Schüttaustraße, und Sicherung von projektierten Schutzwegen der Straße "Am Hubertusdamm" und Auffahrten zur Wagramer Straße im Bereich der Reichsbrücke. Der Berichterstatter verweist

darauf, daß dadurch ein wesentlicher Beitrag für die Verkehrssicherheit und die Flüssigkeit des Verkehrs in diesem Bereiche geleistet wird.

GR. Hausner (KLS) wirft die Frage auf, warum die Zufahrtsrampe nicht schon gleichzeitig mit der Straße vom Hafen Lobau gebaut wurde, und kritisiert, daß ein Fahrweg, der vor zwei Jahren errichtet wurde, nun wieder aufgerissen und neu gebaut wird. Da so wertvolle öffentliche Mittel vergeudet werden, sollte künftig sorgfältiger geplant werden.

GR. Bolaffio antwortet, daß die im kommenden Jahr stattfindende Internationale Gartenbauausstellung die Verlängerung der Straße bis zur Floridsdorfer Brücke erforderlich gemacht hat und durch die weitere Umgestaltung dieses Verkehrsgebietes notwendig wurde.

Die Vorlage wird einstimmig angenommen.

Vizebürgermeister Slavik (SPÖ) referiert einen Antrag über Aufnahme eines Kredites bei der Chase Manhattan Bank in New York in Höhe von 100 Millionen Schilling. Der Referent ersucht um Genehmigung der Unterzeichnung und Übergabe dieses Kreditabkommens; gleichzeitig ist der Weitergabe dieses Kredites an die Wiener Stadtwerke zuzustimmen. Slavik verweist darauf, daß der vorliegende Antrag im Zusammenhang mit den Kreditoperationen steht, die die Stadt Wien für die Wiener Stadtwerke durchführt. Um den österreichischen Kapitalmarkt nicht zu sehr zu belasten, versuchte man in Amerika zu günstigen Bedingungen den erforderlichen Kredit zu erhalten. In Verhandlungen wurde dieser Kredit von der Chase Manhattan Bank zu einem Zinsfuß von 4,75 Prozent unter bestimmten Bedingungen zur Verfügung gestellt. Die Auslandsanleihe kommt also wesentlich billiger als eine österreichische Anleihe. Von den 100 Millionen sollen 85 Millionen die Wiener E-Werke und 15 Millionen die Verkehrsbetriebe erhalten.

GR. Lauscher (KLS) kritisiert die Aufnahme des Auslandskredites, die er als ein gutes Geschäft für die Amerikaner bezeichnet. Der Zinsfuß erscheine an und für sich nicht hoch, doch seien die Verpflichtungen, die die Stadt Wien durch die Gewährung des Kredites gegenüber der New Yorker Bank eingehen mußte, sehr ungünstig.

Wozu überhaupt die Aufnahme eines Auslandskredits, wenn die Stadt Wien selbst über bedeutende Rücklagen verfügt. Die KLS-Fraktion lehne derartige Kreditoperationen ab.

Vizebürgermeister Slavik stellt abschließend fest, daß GR. Lauscher bei den verschiedensten Anträgen verlangt, Mittel aus der Rücklage zu nehmen. Hätte man allen seinen Wünschen Rechnung getragen, wäre von der Rücklage nichts mehr übrig geblieben. Durch die Verzinsung des Kredites entsteht keineswegs ein Verlust, da der Zinsfuß niedriger ist als der in West-Europa übliche von fünf bis fünfeinhalb Prozent.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag Slavik ohne die Stimmen der KLS angenommen.

Gemeinde Wien fördert das Gewerbe

Vizebürgermeister Slavik referierte sodann einen Antrag auf Erhöhung der zinsfreien Instandsetzungsdarlehen für Privatwohnhäuser. Der Wiener Gemeinderat hat die Vergebung derartiger Darlehen im Jahre 1954 beschlossen und damals 30 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. Inzwischen haben diese Darlehen eine Höhe von 730 Millionen Schilling erreicht. Das zeigt die wirtschaftliche Bedeutung dieser Kreditaktion der Stadtverwaltung. Von den 730 Millionen sind jetzt nur mehr fünf Millionen vorhanden. Es liegen jedoch noch Ansuchen mit einem Gesamtbetrag von 20 Millionen vor. Damit diese Aktion während der Sommermonate nicht unterbrochen werden muß, beantragt der Finanzreferent den Gesamtbetrag um 50 Millionen auf 780 Millionen zu erhöhen. Entgegen der Ansicht des Magistrates, daß man mit diesem Betrag bis Jahresende auskommen wird, vertritt Vizebürgermeister Slavik die Ansicht, daß heuer wahrscheinlich noch einmal eine Erhöhung des Gesamtbetrages wird erfolgen müssen.

GR. Marek (SPÖ) beleuchtete in seinem Debattenbeitrag vor allem die wirtschaftliche Bedeutung der Aktion. Die Aktion beweist nicht nur, daß die Stadt Wien an der Modernisierung erhaltungswürdiger Wohnhäuser interessiert ist, sie leistet dadurch einen entscheidenden Beitrag zur Förderung des Wiener Gewerbes. Der Redner zählt auf, wieviele Gewerbebezweige durch die Aktion Aufträge erhielten, so zum Beispiel das Baugewerbe für 316 Millionen, Dach-

decker für 54 Millionen, Installateure für 52,5 Millionen, Schlosser für 27 Millionen, Tischler für 67 Millionen usw.

Es zeigt sich also, daß die Kreditpolitik der Gemeinde Wien die Voraussetzung für die Vollbeschäftigung ist. Gerade jetzt in dieser Zeit ist diese Art der Gewerbeförderung von großer Bedeutung. Die Genehmigung dieses Antrages wird daher sicher wertvolle Früchte tragen.

Der Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort.

Bei der Abstimmung wird der Antrag einstimmig angenommen.

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

Globus-Freunde besuchten das Rathaus

=====

14. Juni (RK) Gegenwärtig findet in Wien das 1. Internationale Symposium des Coronelli-Weltbundes der Globusfreunde statt. Die ausländischen Delegierten dieser internationalen Tagung wurden heute nachmittag im Rathaus von Stadtrat Sigmund im Beisein von Stadtrat Schwaiger empfangen.

- - -

Europa-Gespräch 1963:Der Mensch in der westlichen Wohlstandsgesellschaft
=====

14. Juni (RK) Am heutigen vorletzten Tag des Europa-Gespräches sprach Prof. Dr. Arnold Gehlen, Aachen, über das Thema "Der Mensch in der westlichen Wohlstandsgesellschaft".

Er führte unter anderem aus: "Die allgemeine Voraussetzung für die Wohlstandsgesellschaft besteht in einer hochentwickelten industriellen Produktion, die sogenannten Agrargesellschaften erreichen nicht das sehr große Sozialprodukt, das zur Darstellung einer Wohlstandsgesellschaft erforderlich ist. Der Staat muß bereit sein, außenpolitischen Zielsetzungen, die einer militärischen Rüstung die erste Priorität einräumen würden, abzusagen, indem er einen sehr großen Anteil des Sozialproduktes eben für soziale Zwecke verwendet. Eine dritte Voraussetzung ist zu nennen, über die sich, wohl als einziges Apriori in dieser Welt, alle Kontinente, Staaten, politischen Parteien und Verfassungsformen einig sind: daß nämlich Steigerung der Produktion erreicht werden muß, der Produktion an Agrarerzeugnissen, an Anlagen und Gütern, an wissenschaftlichen Ergebnissen, an unterrichteten und fähigen Köpfen, an spektakulären Sensationen wie den Raumschiffen usw.

Unter diesen Voraussetzungen ist es möglich, den Lebensstandard großer Millionenbevölkerungen stetig anzuheben. Es ist Tatsache, daß jedes erreichte Lebensstandard-Niveau nach einiger Eingewöhnung als Nullniveau erlebt wird, von dem aus nunmehr noch höhere Normen als erreichbar und als erstrebenswert erscheinen.

./.

Wichtig ist noch die Bemerkung, daß eine eingewöhnte Lebensstandard-Norm als Recht empfunden wird, sie wird als Forderung gegen die Gesellschaft bzw. den Staat geltend gemacht, und zwar mit dem subjektiven Bewußtsein des berechtigten Anspruchs. Endlich wäre noch zu sagen, daß das Merkmal des Stationären, Dauernden in dem Versorgungsoptimum selbst als Wert erscheint, in dieser Hinsicht heißt das Bedürfnis "Sicherheit", und "Sicherheit" wird zum umfassenden Inhalt.

Soweit zunächst einmal über die Begriffe, und nun wäre weiter zu sagen, daß die fortgeschrittensten Wohlfahrtsgesellschaften, wie Schweden, ganz generell "Sicherheit für alle" anzielen. Das würde bedeuten, daß der Idee nach ein hoher und stetig steigender Lebensstandard garantiert wird, der weder durch Krankheit, noch durch Familiengröße, durch Arbeitslosigkeit oder Alter beeinträchtigt werden würde, und zwar für alle Menschen, bzw. alle Staatsbürger. Wesentlicher Inhalt der staatlichen Aktivität wäre dann eine Gesetzgebung und Verteilungsverwaltung, der es in erster Linie um die "Sicherheit" (im vorhin definierten Sinn) der Gesamtbevölkerung geht, und als letzte, nichtmehr überbietbare Ausfaltung der Wohlfahrtsgesellschaft wäre noch denkbar, daß die mit der Höhe des Wohlstandes steigenden Ansprüche an den Staat zu bedienen und einzuplanen wären.

Jeder Staat, der schon industrialisiert ist, entwickelt sein eigenes Modell, und allen Modellen ist ein höchst bedeutsamer Erfolg gemeinsam. Es gibt nämlich in diesen Wohlstandsgesellschaften zum ersten Male in der Geschichte der Menschheit keine strukturell, das heißt aus dem Baugesetz der Gesellschaft heraus unterprivilegierte Klasse mehr.

Parallel zu dem enormen Güterangebot der Industrie hat sich das "Kulturangebot" der Massenmedien, zu denen ich auch die Taschenbücher zähle, entwickelt. Das ausschlaggebende Gesetz der Massenkultur ist aber die Abwechslung: Beschäftigung aber keine eigentlich strenge Arbeit, in anderen Worten Ablenkung. Darin liegt der Zwang zu Neuigkeiten. Die Massenkultur darf sich aber nicht zu sehr vom Alltag entfernen, muß Vergnügen ohne tiefere Beunruhigung sein. In der Massenkultur müssen drei Dinge vor allem vermieden werden: das

Phantastische, das Tragische und das Anstrengende. Eine Ausnahme bildet nur große Musik, großes Theater und Kunst, Shakespeare, Mozart und Rembrandt etwa, die auf jedem Niveau geistigen Zugangs etwas zu sagen haben.

Die Massenmedien sollen unterhaltend und belehrend sein, nicht mehr, aber auch nicht weniger. Es ist zwar unser öffentliches Leben bereits penetrant pädagogisch, aber es ist doch paradox, ein wie kleiner Teil des Programms der Massenmedien sich mit bewußter und gekonnter Erziehungsarbeit abgibt. Wenn man aber, wie ich vorschlage, den Massenmedien eine bewußt pädagogische Hauptrolle zuschreibt, dann muß man sich bestimmte kulturanthropologische Vorstellungen machen, die hier nicht auszuführen sind. Ich würde nur glauben, daß weder der altliberale Optimismus einen Platz haben sollte, der annimmt, jeder Mensch sei bildbar, noch umgekehrt die zynische Ansicht von dem unheilbaren Infantilismus der Massen, eine Theorie, die in den Köpfen zahlreicher Filmschaffender zu bestehen scheint, wenn man aus der unsäglichen Vulgarität so vieler Filme auf die Absichten zurückschließen soll, die bei ihrer Herstellung leitend gewesen sein mögen.

Wohlfahrtsstaat hat keine objektiven Ausgangsstellungen und Rückhalte, so wenig wie die Menschen, die ihn bewohnen, subjektive Rückzugspositionen in sich finden, wie etwa echte Verzichtsbereitschaften. Parallel dazu bilden wir eine Humanitäts-Ethik aus, die sozusagen in dem Satze "Seid umschlungen, Milliarden" beginnt und endet, und damit nehmen wir wiederum vorweg, daß "Menschheit" ein innenpolitischer Begriff geworden sei, was keineswegs der Fall ist. Vielleicht muß die Menschheit wieder unter das Joch dieser Naturmächte treten, diesmal in neuer Form, nämlich in den Dienst ihrer eigenen Massenvermehrung. Und es ist wahrscheinlich, daß schon die Generation unserer Kinder unter Forderungen gerät, die heute noch niemand voraussagen kann".

Das Ko-Referat zu diesem Thema erstattete Prof. Dr. Ernest Zahn, Holland. Er führte unter anderem aus:

"Ein Grundproblem der Soziologie ist es, daß Erscheinungen des gesellschaftlichen Daseins nicht nur Angelegenheiten objektiver Feststellungen, sondern auch Sachen subjektiver Vergleiche und Bewertungen sind.

Was wollen wir also unter Wohlstand oder hohem Lebensstandard verstehen? In der Wirtschaft denkt man dabei in der Regel an das Einkommensniveau der Bevölkerung. Die Gesamtheit gesellschaftlicher Aktivposten zählt. Dazu gehören Wohnverhältnisse, klimatische Bedingungen, Bildungsmöglichkeiten, soziales Ansehen, kurz Vorteile und Annehmlichkeiten verschiedenster Art, die man alle in Betracht ziehen muß (und die sicher nicht alle wieder eine einfache Funktion des Einkommens bilden).

Wenn wir dann noch weiter gehen und einen Begriff des sozialen Wohlergehens auch durch psychische Tatbestände bestimmen wollten - in diesem Falle möchte ich jedoch nicht mehr vom Lebensstandard sprechen, sondern lieber vom Lebensinhalt -, dann müßte der Wert unserer Errungenschaften relativiert werden auf unsere Zufriedenheit mit ihnen. Zu denken wäre jetzt etwa an das Verhältnis zwischen erreichtem Lebensstandard und der Norm, die der Mensch sich stellt und die in seinen Ansprüchen Ausdruck findet. Und vielleicht ist eines der bezeichnendsten Merkmale der geistigen Situation unserer Zeit darin zu sehen, daß Normen und Erwartungen, Ansprüche und Bedürfnisse meistens noch schneller wachsen als alles das, was wir als effektive Verbesserung unserer äußeren Lebenslage anführen können.

Wir stoßen hier auf jenes epochale Unbehagen, das nicht als 'paupertas', sondern als 'cupiditas', nicht als 'Entbehrung' sondern als 'Begehren' charakterisiert werden kann. Allerdings darf man dieses Streben, das als der innere Motor sozialer Dynamik und wirtschaftlicher Expansion erscheint, nicht von vornherein negativ beurteilen. Es zeigt sich ja auch als positives, schöpferisches Unbehagen, als Bereitschaft zu Arbeitsleistungen, Anpassungen und echten menschlichen Zielen. Ein gutes Stück gesellschaftlichen Wettbewerbs steckt darin, jenes soziologische Grundelement des Lebens, das für unsere heutige Konsumverhältnisse m.E. viel bezeichnender ist als für die Produktionsverhältnisse.

Lassen Sie mich nun die wichtigsten Gesichtspunkte unseres höheren Lebensstandards stichwortartig zusammenfassen. Einkommenszunahme, Verlängerung der Freizeit, größere soziale Sicherheit, höhere Lebenserwartung, die Verbreitung höherer Schulbildung,

die Sublimierung der beruflichen Arbeit (etwa Akzentverschiebung von Handarbeit zu Kopfarbeit), zunehmende **Eigentumsbildung**, wachsende Kommunikationsmöglichkeit und wachsende Freizügigkeit durch weltweite Verkehrsbedingungen. All diese Erscheinungen bringen auch neue Probleme, Nöte und Dilemmas. Nicht nur Mittel sind gewachsen, auch die Bedürfnisse.

Lassen Sie mich nun - um der Aufgabe zu entsprechen, die mir bei der Behandlung dieses Themas gestellt worden ist - zurückkehren zur menschlichen Bedeutung des Wohlstandes. Wenn es richtig ist, daß die wesentlichen Antworten auf alle Fragen nach dem Wert unserer Errungenschaften nicht in theoretischer Analyse, sondern nur im praktischen Verhalten der Menschen gegeben werden, anders ausgedrückt: wenn nicht die Wissenschaft, sondern die Gesellschaft (die sich der Wissenschaft bedient) immer wieder entscheidet, was uns zum Segen gereicht und was nicht, dann werden wir bei der Bewertung unseres höheren Lebensstandards auf ein politisches Problem verwiesen. Fragen müssen wir uns m.E. nach den angemessenen Formen einer gesunden Opposition gegenüber den Angeboten der Zeit und unseren Reaktionen hierauf. Soll die Gesellschaftskritik nicht nur akademische Bedeutung haben, dann muß sie mehr sein als soziologische Analyse. Jetzt schon werden in das häusliche Leben der Menschen öffentliche Anliegen hineingetragen, die dem Freizeitverhalten den oft gerügten Charakter der Unverbindlichkeit wegnehmen können.

Eindeutig möchte ich mich jetzt nur noch von jener puritanischen Zeitkritik distanzieren, die den höheren Lebensstandard mit all seinen Erscheinungen grundsätzlich in Frage stellt oder ihn überhaupt als Kulturverfall und seelische Verarmung "deutet".

Wohlstand, so möchte ich festhalten, ist an sich weder gut noch böse. Er ist eine Chance, für den einzelnen wie für die Gesellschaft, eine Aufgabe etwas aus ihm zu machen, ihn zu nützen um ihn zu verdienen. Nicht der Wohlstand ist es, der uns zugrunde richtet, wir sind es, die ihn ruinieren.

In einem älteren amerikanischen Lehrbuch der Nationalökonomie findet sich der Satz, daß es zweierlei Arten von Armut gibt: einen Mangel an Gütern für die höheren Wünsche und einen Mangel an Wünschen für die höheren Güter. Jenen kann die Wirtschaft beheben; diesen zu überwinden bleibt Aufgabe menschlicher Bildung, und in dem Maße, wie diese Aufgabe immer wieder neu gelöst wird, wird auch das Wirtschaftsleben kultivierter sein."

Europa-Gespräch 1963:

Die Idee der Stadt von morgen und ihre dynamische Realisierung
=====

14. Juni (RK) Am heutigen vorletzten Tag des Europa-Gesprächs sprachen Dr. Lucius Burckhardt und Architekt Felix Schwarz über Fragen der modernen Stadtplanung. Sie führten unter anderem aus:

"Die Wandlungen des Industriezeitalters und ihre Konsequenzen für die städtische Bevölkerung - Änderung der Berufsstruktur, Binnenwanderung, Pendlerverkehr, gesteigerte Kooperation der Wirtschaft, erhöhter Lebensstandard, Erholungsverkehr - bilden einen neuen Grundraster, auf welchem eine neue Stadt entstehen könnte, die vielleicht keine Stadt mehr ist, sondern eine gestaltete und bewohnte Landschaft.

Zwischen dem Heute und der Idee jener neuen Stadt, wie sie sein könnte, liegt die Zeit der dynamischen Realisierung. Damit wollen wir sagen, daß uns der Weg beschäftigt, nicht das nie erreichte Ziel, und daß das Vorgegebene und der Prozeß der Realisierung das Bild dieses Ziels ständig wandeln.

Drei Zentren beschleunigen, bremsen und "steuern" diesen Vorgang: die faktische ökonomische und soziale Situation; der Vorrat an Vorstellungen, Entwürfen und Idealen für die Stadt und das Leben der Zukunft; das politische Beschlußfassungssystem der Gesellschaft. Jedes dieser Zentren wirkt auf das andere und nimmt Impulse entgegen.

Die modernen Transportmittel brachten dem Stadtbewohner die Möglichkeit der freien Wahl von Wohnort, Arbeitsplatz und menschlichem Verkehr. Durch Teilnahme an der ganzen Stadt maximiert er seine Chancen in allen drei Richtungen. Der "Pendler" ist der Prototyp des Städters.

Damit sind alle planerischen Zuordnungen in Frage gestellt. Würde dieser eine Aspekt die Stadt determinieren, so ergäbe sich das Bild der zentrumlosen Stadt mit richtungslosem, homogenem Verkehrsnetz. Die Erfahrung lehrt, daß diese Stadt im Verkehr erstickt.

Die Möglichkeit freier Wahl und der Maximierung der Chancen verstärkt den Einfluß der "Vision", der Idee vom richtigen Leben. Jahrelang haben die Architekten die "Traumvilla" als einziges Ziel städtischen Lebens propagiert. Heute müssen neue städtische Wohnformen ausgebildet werden:

Terrassensiedlung, Penthouse, Maisonette etc.

Wichtig erscheint uns das Problem der öffentlichen Beschlußfassung in städtischen Dingen. Wir glauben, daß das Interesse des Bürgers an städtischen Dingen zu einer Regeneration der Innenpolitik führen könnte. Dieses kann wichtig werden in einer Zeit, in welcher die politischen Alternativen, zwischen welchen frei entschieden werden kann, rar werden.

Wir dürfen annehmen, daß sich in Zukunft die Freizeit vermehrt, sicher aber die freie Zeit zwischen Pensionierung und Tod. Für diese Lebensabschnitte müssen Vorstellungen und Formen entwickelt werden. Die bezahlten Ferien und die ortsunabhängigen Altersrenten schaffen ein freiheitliches Potential, das seine Ausformung noch sucht.

Die steigende Rolle des Tourismus wird seine Folgen haben auch für die Stadt: moderne Städte, nicht nur historische, werden zu touristischen Sehenswürdigkeiten werden. Im Ausdrucksgehalt der Stadtzentren entsteht eine Kraft, die der Homogenisierung entgegenwirkt.

Damit haben wir nur einige Beispiele herausgegriffen. Nichts sagten wir vom Einfluß des technischen Fortschritts auf die Kommunikation und Information. Werden verbesserte Kommunikationsmittel einen Teil des Verkehrs überflüssig machen, wie heute schon das Telephon?

Nichts sagten wir von der Wirkung der Baugesetze auf das Aussehen der bestehenden Städte: immer mehr werden diese bloße Abgüsse veralteter Verordnungen. Hier bedürfte es der Regeneration der Beschlußfassung.

Die "richtig geplante Stadt" gibt es nicht. In immer neuer Verflechtung ordnen sich alle Zuordnungen stets neu. Es ist normal und kein Fehler, daß im Kampf um die beste Nutzung auch Zerstörungen vorkommen, Häuser und Quartiere abgerissen werden. Die Ordnung dieses Prozesses und das Vermeiden größerer Verluste ist Aufgabe der Stadtplanung.

Deshalb hat auch die neue Stadt keine Form. Brasilia und Chandigarh sind in diesem Sinne nicht die neue Stadt, sondern künstlerische Entwürfe aus einer Hand. Das Wesen der echten Stadt ist es aber, daß verschiedene Architekten, verschiedene Auftraggeber zu verschiedenen Zeiten eine sich wandelnde Einheit schaffen. Echte architektonische Arbeit wird heute überall dort geleistet, wo über die Möglichkeiten dieser dynamischen Einheit nachgedacht wird.

Zwei Worte veranschaulichen das Gemeinte. "The grain", das Korn, die Körnung der Stadt meint die Kleinstruktur der Beziehungen von Gebäuden und Freiräumen zueinander. Sie ergibt die Möglichkeit, mit verschiedenen Architekten, in zeitlichen Abständen, künstlerischen Städtebau zu betreiben und charakteristische Stadtmuster zu erzeugen.

"Townscape", Stadtlandschaft wäre das Resultat einer solchen aus heterogenen Elementen entstandenen Stadt. Sie vereinigt Flexibilität mit einem charakteristischen Gerippe. Die beiden Begriffe - grain, townscape - sollen nicht antiquierend und heimattümlerisch verstanden werden: die "Körnung" wäre beispielsweise eine dreidimensionale Erschließungsstruktur, eine charakteristische Durchdringung vertikaler und horizontaler Verkehrswege.

"Townscape" aber wäre die industrielle Agglomeration, insofern sie wieder ein Gesicht bekommt. Dieses Gesicht erhält sie nicht durch architektonische "Akzente", sondern durch ein landschaftsgestalterisches Muster. Von einer neuen, in diesem Sinne richtig verstandenen Landschaftsgestaltung erwarten wir einerseits die Einordnung der chaotischen "Auch-Architektur" der Außenstädte, andererseits den Rahmen, in welchem das architektonische Einzelstück wieder sichtbar wird!"